

AG Programmdebatte der Sozialistischen Linken

Argumente zur Programmdebatte

„Das Kreditwesen beschleunigt daher die materielle Entwicklung der Produktivkräfte und die Herstellung des Weltmarkts, die als materielle Grundlagen der neuen Produktionsform bis auf einen gewissen Höhegrad herzustellen, die historische Aufgabe der kapitalistischen Produktionsweise ist. Gleichzeitig beschleunigt der Kredit die gewaltsamen Ausbrüche dieses Widerspruchs, die Krisen, und damit die Elemente der Auflösung der alten Produktionsweise.“



Themen: Wachstum & Ökologie,
Verstaatlichung, Erwerbsarbeit,
NATO, öffentlicher Dienst

DIE LINKE.
Sozialistische Linke

Impressum

An dieser Broschüre haben redaktionell mitgewirkt:

Fabio De Masi, Hans Krause, Ralf Krämer, Alexander Neu, Sabine Reiner

Layout: Norbert Müller

Berlin, August 2010

1. Auflage

Druck: Eigendruck

DIE LINKE.
Sozialistische Linke

AG Programmdebatte

Kleine Alexanderstraße 28

10178 Berlin

web: www.sozialistische-linke.de

www.linke-programm.de

mail: info@linke-programm.de

Inhalt

1.	Einleitung	S. 4
2.	Stellungnahme SL zum Programmentwurf	S. 5
3.	Öffentliches Eigentum	S. 9
4.	Erwerbsarbeit	S. 12
5.	Öffentlicher Dienst	S. 18
6.	Wachstum & Ökologie	S. 21
7.	Internationales	S. 27
8.	Oskar Lafontaine: Zur Strategie der Partei DIE LINKE nach der Bundestagswahl 2009	S. 29
9.	Erklärung der Unterstützung	S. 36

Einleitung

«Die Philosophen haben die Welt nur verschiedenen interpretiert, es kommt aber darauf an, sie zu verändern.» (Karl Marx, 11. These zu Feuerbach)

Liebe Genossinnen und Genossen,

Programme sind der Kompass von Parteien. Sie ersetzen keinen harten Fußmarsch. Aber Programme und Ideen können Menschen bewegen. Ohne Kompass verläuft man sich.

Die Sozialistische Linke will ein Programm, das bewegt. Es muss die Richtung linker Politik aufzeigen, über den Wahltag hinaus. Ein Programm kann so konkret formuliert sein, dass es einige mitreißt und andere zurück lässt. Ein Programm kann so schwammig sein, dass es niemandem wehtut, aber auch niemandem nützt.

Ein Programm muss daher die Partei in ihrer Breite mitnehmen, darf aber nicht beliebig sein. Wir glauben, das ist im Programmentwurf gelungen.

Wichtiger aber als jede einzelne Formulierung ist der gepflegte Streit um die Konzepte im Programm. Nur wenn wir uns in fairer Atmosphäre die Köpfe heiß diskutieren, beginnen wir, den Kompass zu lesen und die Landkarte zu studieren. Nur wenn wir wissen was wir wollen können wir andere überzeugen. Wir haben in dieser Broschüre daher auf lange Texte verzichtet und versucht, den Mitgliedern unserer Partei in möglichst einfachen Worten zentrale Argumente der Sozialistischen Linken zur Programmdebatte zu erläutern. Die Texte sind nicht die „offizielle Meinung“ der Sozialistischen Linken, sondern sollen zu Widerspruch einladen und die Ideen hinter zentralen Passagen des Programmentwurfs erläutern.

Wir haben uns dabei auf jene Aspekte des Programms beschränkt, die wir grundsätzlich richtig finden, die aber nach unserer Überzeugung auch in der LINKEN nicht immer angemessen diskutiert werden. Eine ausführliche Stellungnahme zum Programmentwurf ist in dieser Broschüre ebenso vorhanden. Dort ist auch angesprochen, wo wir noch Schwächen sehen.

Wir würden uns freuen, wenn Ihr die Texte in euren Basisorganisationen nutzt, unabhängig davon ob Ihr Mitglieder der Sozialistischen Linken seid oder nicht. Wir wünschen euch viel Spaß beim Lesen und eine Debatte, die euch persönlich, unsere Partei und diese Gesellschaft bereichert.

Weitere interessante Beiträge findet ihr unter www.linke-programm.de.

Eure AG Programmdebatte der Sozialistischen Linken

Stellungnahme der Sozialistischen Linken zum Programmentwurf

1. Der Programmentwurf gibt Antworten auf die wichtigsten Entwicklungen unserer Zeit. Er konzentriert sich auf die großen Krisen des modernen Kapitalismus: Die Krise des Finanzmarktkapitalismus, soziale Spaltung und Krieg, die Auflösung der Demokratie und die ökologische Katastrophe. Der Programmentwurf beschreibt realistische Etappen und Brüche einer Politik des demokratischen Sozialismus, die über den Wahltag hinausweisen. DIE LINKE steht als sozialistische Partei in der Tradition der ArbeiterInnenbewegung und ihrer sozialistischen, sozialdemokratischen und kommunistischen Parteien in Deutschland. Sie beruft sich auf das humanistische Erbe der Arbeiterbewegung und ihre Errungenschaften, aber benennt auch die Fehler und die Verbrechen, die im Namen des Sozialismus verübt wurden.

2. Die Sozialistische Linke begrüßt, dass es der Programmkommission durch intensive Diskussion gelungen ist, den Entwurf einstimmig zu verabschieden. Dies verdeutlicht: Die Verständigung unserer Partei auf breite und tragfähige Positionen ist möglich. Es war richtig, die Breite der Partei in der Programmkommission abzubilden. Die SL unterstützt die grundsätzliche Ausrichtung des Programmentwurfs und setzt sich dafür ein, diese zu erhalten und weiter zu entwickeln. Ziel der Programmdiskussion sollte es sein, die Partei zusammenzuführen und unser gemeinsames Profil zu schärfen. Eine fair geführte Programmdebatte hat das Potential, die Mitglieder zu qualifizieren, gesellschaftliche Bündnisse zu stärken sowie Sympathisantinnen und Sympathisanten für die aktive Parteiarbeit zu gewinnen. Dazu wird die SL einen aktiven Beitrag leisten.

3. Der Programmentwurf fordert zu Recht eine Politik, die Vollbeschäftigung mit verkürzten Arbeitszeiten verwirklicht und eine globale Finanz- und Währungsordnung zur Überwindung der Diktatur der Finanzmärkte anstrebt. Zukunftsinvestitionsprogramme und die massive Ausweitung öffentlicher Beschäftigung, höhere Löhne und Sozialeinkommen sollen die inländischen Nachfrage steigern und Millionen neue gute Arbeitsplätze schaffen. Zugleich sollen hochwertige Bildung und soziale Dienstleistungen für alle verwirklicht und der radikale ökologische Umbau eingeleitet werden. Der Kampf gegen Massenarbeitslosigkeit und für die Verwirklichung des Rechts auf „gute“ Erwerbsarbeit für alle ist das zentrale soziale Interesse der Beschäftigten wie der Erwerbslosen. Er darf nicht aufgegeben oder anderen, schlimmstenfalls rechtspopulistischen Kräften, überlassen werden.

4. Arbeit ist die Quelle des gesellschaftlichen Wohlstands. Die Arbeiterbewegung führt seit jeher soziale Kämpfe gegen kapitalistische Ausbeutung und Herrschaft. Es gibt keinen Weg zum Sozialismus, der an diesen Kämpfen für höhere Löhne, bessere Arbeitsbedingungen und eine demokratische Neuorganisation von Arbeit und Produktion vorbeiführt, etwa durch das

bedingungslose Grundeinkommen. Der Programmentwurf fordert eine gerechte Verteilung von Erwerbs-, Familien- und anderer gesellschaftlich notwendiger Arbeit auf Frauen und Männer. Die Überwindung der kapitalistischen Lohnarbeit bzw. des Klassegegensatzes bleibt eine langfristige Perspektive sozialistischer Politik. Das Grundsatzprogramm soll für die nächsten 10-15 Jahren gelten. Es muss sich darauf konzentrieren, die Kräfteverhältnisse nach links zu bewegen. Dies leistet der Programmentwurf.

5. Linke Sozialpolitik soll jedem Menschen ein gutes, menschenwürdiges Leben und Teilhabe an der Gesellschaft ermöglichen. Das erfordert verlässliche, individuell bedarfsdeckende und repressionsfreie soziale Sicherung. Darüber hinaus müssen die Sozialversicherungen den erarbeiteten Lebensstandard sichern. Die SL unterstützt, dass der Programmentwurf die paritätisch finanzierten Sozialversicherungen solidarisch erneuern und die sozialen Sicherungssysteme dem Zugriff der Finanzmärkte entziehen möchte.

6. Der sozial-ökologische Umbau muss mit alternativer Wirtschaftspolitik verbunden werden. Es geht um ein radikales Schrumpfen des Verbrauchs endlicher Ressourcen und der Belastung der Natur mit den „Exkrementen“ der Produktion und Lebensweise, nicht um geringere Wertschöpfung und Einkommen. Notwendigen sind massive Zukunftsinvestitionen in den ökologischen Umbau der Wirtschaft, der Infrastruktur und der Lebensbedingungen, die Ausweitung öffentlicher und sozialer Dienstleistungen und höhere Masseneinkommen. Dies bedeutet in den kommenden Jahren eine Politik des qualitativen, sozial-ökologisch gesteuerten Wachstums des Bruttoinlandsprodukts. Zugleich muss die Ungleichheit der Einkommens- und Vermögensverteilung zurückgeführt werden.

7. Der Kampf um die umfassende Verwirklichung von Bürgerrechten und die Verteidigung und Erweiterung der Errungenschaften der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sind eine zentrale Aufgabe unserer Partei. Als sozialistische Partei ist DIE LINKE aber nicht nur Bürgerrechtspartei, sondern will die sozialen Grenzen der bürgerlichen Freiheiten sowie die Deformation der Demokratie durch die Macht des Kapitals überwinden. Wir wollen Freiheit durch Sozialismus. Deshalb müssen der Ausbau der Wirtschaftsdemokratie und die Veränderung der Eigentumsverhältnisse im Mittelpunkt der demokratischen Erneuerung stehen. Wir wollen die Demokratisierung aller Gesellschaftsbereiche und mehr direkte Demokratie.

8. Die Kämpfe um sozialen Fortschritt hierzulande und in Europa sowie gegen rassistische und imperiale Unterdrückung weltweit gehören zusammen. Die Notwendigkeit einer gesellschaftlichen Alternative zum Kapitalismus besteht überall. Die Sozialistische Linke begrüßt daher die im Programmentwurf vermittelte internationale Solidarität mit den Befreiungsbewegungen in Lateinamerika und ihrem Projekt eines Sozialismus des 21. Jahrhunderts.

9. Wir unterstützen, dass der Programmentwurf demokratischen Sozialismus als ein anderes, sozial gerechtes Gesellschaftssystem begreift, das wir anstreben. Die Grundlage dafür ist eine demokratische, gerechte und rationale Wirtschaftsordnung. Sie muss die Dominanz des kapitalistischen Eigentums und des Profits brechen, die Marktsteuerung sozialen und ökologischen Kriterien unterordnen und eine demokratische Rahmenplanung verwirklichen. Die Daseinsvorsorge und Infrastruktur, Energie und Bahnverkehr sowie der Finanzsektor und strukturbestimmende Großbetriebe gehören in öffentliches Eigentum. Auch die moderne Kommunikationsinfrastruktur, das Internet ist ein öffentliches Gut. Die Konzepte der demokratischen Vergesellschaftung und Kontrolle von Unternehmen im öffentlichen Eigentum unter Beteiligung der Beschäftigten und gesellschaftlicher Interessengruppen sollten weiter entwickelt werden. In den meisten Bereichen soll es weiter private kleine und mittlere Unternehmen geben, bei ausgeweiteten Arbeitnehmerrechten, Mitbestimmung und Wettbewerbskontrolle, und kräftiger Umverteilung von oben nach unten. Der Programmentwurf weist hier in die richtige Richtung. Er bedarf lediglich einer inhaltlichen Qualifizierung, etwa hinsichtlich der Demokratisierung der Wirtschaft auf betrieblicher, regionaler, branchen-, gesamtwirtschaftlicher und internationaler Ebene.

10. DIE LINKE ist eine Antikriegspartei. Sie kämpft gegen Imperialismus und Krieg. Wir streiten für Frieden und Abrüstung und die Auflösung der NATO, gegen Rüstungsexporte und Militäreinsätze der Bundeswehr und insbesondere für ihren sofortigen Rückzug aus Afghanistan. Es bestehen aber noch Unklarheiten im Programmentwurf: Was ist mit „neuer Imperialismus“ in einem entdemokratisierten Raum gemeint? Die Außen- und Sicherheitspolitik sollte stärker in ihrer Ausrichtung analysiert werden, deutsche Wirtschaftsinteressen militärisch abzusichern. Es fehlt eine Positionierung zur Militarisierung des Öffentlichen und zur Bundeswehr allgemein. Was ist unser Verständnis von kollektiven Sicherheitsstrukturen. Was ist eine Alternative zur militarisierten (Energie-)außenpolitik, die gleichermaßen im Interesse der Menschen in Europa, der westlichen Welt und des globalen Südens ist?

11. Wir brauchen eine Neugründung der Europäischen Union (EU). Die Krise des Euro und der europäischen Integration zeigt, unsere Kritik am Vertrag von Lissabon war richtig. Wer die Europäische Integration verteidigen möchte, muss den gegenwärtigen Charakter der EU klar benennen: Die EU hat sich zu einem undemokratischen Projekt des Wirtschaftsliberalismus sowie der militärischen Aufrüstung entwickelt. Die EU wird von vielen Menschen zunehmend als Bedrohung empfunden. Wer die EU nicht von links kritisiert, verschafft Rechtspopulisten in Europa Auftrieb. Der Entwurf muss zudem präzisieren, mit welchen Instrumenten die wirtschaftliche Koordination und die sozial-ökologische sowie friedliche Ausrichtung der EU verwirklicht werden soll.

12. Wir unterstützen den strategischen Ansatz des Programmentwurfs. Demnach geht es zunächst um die Veränderung der Kräfteverhältnisse und die Durchsetzung eines

Richtungswechsels. DIE LINKE ist grundsätzliche Opposition gegen den Kapitalismus, aber das schließt Regierungsbeteiligungen nicht aus, wenn die Lage der Menschen verbessert und eine Abkehr von neoliberaler, prokapitalistischer Politik eingeleitet werden kann. Wir dürfen uns aber nicht an einer Politik beteiligen, die linken Zielen zuwiderläuft und unsere Glaubwürdigkeit zerstört. Man muss DIE LINKE daran erkennen, was sie will und was sie auf keinen Fall tun wird.

13. DIE LINKE muss sich für gesellschaftliche Bündnisse und außerparlamentarischen Druck engagieren, um ihre Ziele durchzusetzen. Dies ist auch die Voraussetzung für erfolgreiche Regierungsbeteiligungen. Insbesondere die Interessen von Beschäftigten und Erwerbslosen, Lohnabhängigen und kleinen Selbstständigen, die Kämpfe um sozialen Fortschritt, für die Befreiung der Frauen und gegen Rassismus, Sexismus und andere Unterdrückungsformen müssen zusammengebracht werden. Dabei haben die Gewerkschaften eine zentrale Rolle als gesellschaftliche Kraft und Selbstorganisation der Lohnabhängigen. Die LINKE sucht die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, der Programmentwurf fordert die Stärkung der gewerkschaftlichen Rechte ein, insbesondere das Recht auf politischen Streik und Generalstreik. Diese Orientierung begrüßen und unterstützen wir. Im Mittelpunkt des politischen Profils der LINKEN muss auch weiterhin der Einsatz für Gerechtigkeit und für die sozialen Interessen der Mehrheit der Menschen stehen.

14. Wir sehen noch an einigen Stellen Potential für Verbesserungen, insbesondere klarere Formulierungen und größeren politischen Mut. Dies betrifft u.a. den Prozess der demokratischen Vergesellschaftung. Auch bei der Gesellschaftsanalyse sehen wir Verbesserungsbedarf. Die Grundstrukturen und Entwicklungen der kapitalistischen Produktions-, Geschlechter- und Klassenverhältnisse, sozialen Milieus und des Staates sollten analysiert werden. Der Text sollte noch klarer und verständlicher werden. Er muss populär geschrieben sein, zum Lesen einladen als auch Lernprozesse zur Erkenntnis der Welt und ihrer Widersprüche ermöglichen. Er soll motivieren, sich gemeinsam mit anderen Menschen bei der LINKEN für eine bessere Gesellschaft, den demokratischen Sozialismus zu engagieren.

Der BundessprecherInnenrat der Sozialistischen Linken, 17. Juli 2010

Öffentliches Eigentum

1. Zusammenfassung

„Mit ihrer durch Kartelle und Verbände noch gesteigerten Macht gewinnen die führenden Männer der Großwirtschaft einen Einfluß auf Staat und Politik, der mit demokratischen Grundsätzen nicht vereinbar ist. Sie usurpieren Staatsgewalt. Wirtschaftliche Macht wird zu politischer Macht. (Godesberger Programm der SPD von 1959)

Immer mehr öffentliche Aufgaben wurden in den letzten Jahren privatisiert. Es ist aber nicht sinnvoll, wenn alle Bereiche des öffentlichen Lebens wie Krankenhäuser oder Schulen Profit abwerfen müssen, weil sonst Gesundheit oder Bildung auf der Strecke bleiben.

Öffentliche Dienste sind unverzichtbar für die Gesellschaft und eine funktionierende Wirtschaft. Markt und Wettbewerb können für Effizienz sorgen, aber nicht immer und überall.

Privatisierungen haben häufig zu schlechteren Leistungen, höheren Preisen und Nachteilen für die Beschäftigten geführt. Seit Anfang 1990 wurden durch Liberalisierung und Privatisierung öffentlicher Aufgaben etwa 600 000 Jobs vernichtet.

DIE LINKE will mehr öffentliches Eigentum und die Demokratisierung der Wirtschaft. Die Kontrolle der Finanzmärkte oder die Energiewende kann nur gelingen, wenn sich die Interessen der Bevölkerungsmehrheit durchsetzen. Gesetze und Vorschriften für private Unternehmen reichen nicht aus. Denn große Konzerne setzen ihre wirtschaftliche und politische Macht ein, um soziale und ökologische Reformen zu verhindern.

2. Programmentwurf

Der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel hat der LINKEN vorgeworfen, sie wolle „alles verstaatlichen, was größer als eine Currywurstbude ist“. Ein Blick in das Programm der LINKEN zeigt, dass Sigmar Gabriel ziemlich große Currywürste isst.

Im Programmentwurf steht: »Strukturbestimmende Großbetriebe der Wirtschaft wollen wir in demokratische (...) Eigentumsformen überführen und kapitalistisches Eigentum überwinden. Auf welche Bereiche, Unternehmen und Betriebe sich die demokratische Vergesellschaftung erstrecken und in welchen öffentlichen oder kollektiven Eigentumsformen (staatliches oder kommunales Eigentum, Genossenschaften, Belegschaftseigentum) sie sich vollziehen soll, muss im demokratischen Prozess entschieden werden.« Staatliche Kontrolle von Unternehmen ist somit nur eine von mehreren Möglichkeiten.

3. Mehr öffentliches Eigentum wagen!

Öffentliches Eigentum ist aus mehreren Gründen vernünftig:

1. Märkte garantieren die Versorgung mit öffentlichen Gütern wie Wohnungen, Bildung, und Gesundheit nur unzureichend: Denn private Investoren wollen hauptsächlich Profite machen. Ob sich jemand eine Wohnung, Studiengebühren oder eine notwendige Operation nicht leisten kann, zählt auf dem Markt nicht.

2. Privater Wettbewerb ist oft sogar teurer: Dies gilt zum Beispiel für die Bahn oder das Stromnetz. Große Konzerne können Netze billiger betreiben als kleinere Wettbewerber, weil etwa für den Bau und die Planung von Bahnstrecken viel Kapital und Know-How nötig ist. Öffentliche Netzbetreiber sind aber besser als Private: Die Privatisierung der Eisenbahn hat z.B in Großbritannien zu einer großen Zahl von Zugunglücken geführt. Es fehlte an einer einheitlichen Streckenführung und die privaten Bahnunternehmen sparten an der Sicherheit.

Die Deutsche Bahn ist noch nicht privat. Aber sie wurde mit dem Börsengang darauf vorbereitet und arbeitet bereits nach den Maßstäben eines profitorientierten Konzerns. Die schnellen und günstigen Inter-Regio-Züge wurden trotz Gewinnen zu Gunsten der ICE-Züge abgeschafft, weil diese über hohe Ticketpreise noch höhere Profite versprachen. Die häufigen Verspätungen der Deutschen Bahn oder ausfallende Klimaanlage in ICE-Zügen haben ebenso mit Profitsucht zu tun. Die Deutsche Bahn spart aus Kostengründen an Ersatzzügen und Investitionen in Technik. Öffentliche Netzbetreiber sind daher besser als private Eigentümer, die hohe Profite erzielen wollen und Leistungen verschlechtern. Jedoch nur wenn öffentliche Unternehmen öffentliche Leistung bringen statt nach hohen Profiten zu streben. Zudem sollten die Interessen der Beschäftigten und der Bevölkerung, etwa durch Mitsprache in den Gremien des Unternehmens gesichert werden (Wirtschaftsdemokratie).

3. Öffentliches Eigentum sichert Innovationen:

Netze werden zudem billiger, je mehr Menschen sie nutzen. Das Material einer Telefonleitung ist sehr teuer, wenn nur 20 Menschen telefonieren. Wenn Leitungen aber von tausenden Menschen genutzt werden, sinken die Kosten für jeden Einzelnen. Je mehr Menschen diese Netze nutzen, desto stärker sinken die Preise. Daher lohnt sich die Entwicklung von Schlüsseltechnologien wie Telefonnetzen oder das Internet für private Investoren erst einmal nicht. Solche Investitionen finden daher nur statt, wenn der Staat sie organisiert, oder wenn der Staat Subventionen zahlt und Regeln einführt, die das Geschäft für Privatunternehmen lohnend machen. Es ist aber sinnvoller Netze in öffentlicher Hand zu lassen, damit sich die Gesellschaft Milliarden-Profite für Kapitalisten spart. Die Privatisierung der Telekom führte zwar zunächst zu einem harten Preiskampf bei Telefontarifen, aber in der Summe wurden Jobs vernichtet. Sobald sich wieder große Konzerne im Wettbewerb etablieren ist es dann auch schnell vorbei mit billiger telefonieren.

4. Mächtige Konzerne beherrschen die Politik. Dies gilt etwa für Stromkonzerne, die den Ausstieg aus der Atomenergie verhindern, um mit den alten Atomkraftwerken (AKW) hohe Profite zu machen. Ähnliches gilt für die Rüstungsindustrie, die an Kriegen verdient, oder die Finanzwirtschaft die ein Interesse an schädlichen „Finanzprodukten“ hat.

4. Finanzsektor

Der Finanzsektor gehört unter öffentliche Kontrolle. Schließlich haben sich die Schrottbanken wie die Hypo Real Estate oder die Commerzbank schon selbst verstaatlicht und die Steuerzahler enteignet: Die Steuerzahler haften für die Verluste, die Banken kassieren die Gewinne. Es geht also darum, die Steuerzahler wenigstens über die Gewinne der Banken für ihre Enteignung zu entschädigen.

Banken haben nicht nur ihre politische Macht missbraucht, sie sind eine Gefahr für die wirtschaftliche Entwicklung. Die Zentralbanken mussten die Wirtschaft mit billigem Geld versorgen, damit die Konjunktur nicht völlig abschmiert und wieder investiert wird. Das billige Geld wird aber von Geschäftsbanken weiter für die Spekulation mit Währungen, Aktien und Rohstoffen missbraucht. Der nächste Crash droht. Die Finanzmärkte sind viel zu kompliziert, um sie allein durch Regulierung zu bändigen.

Die internationalen Erfahrungen mit Bankenkrisen zeigen, Verstaatlichung ist die billigste Lösung (Beispiel Schweden). Der US-Wirtschaftsnobelpreisträger Paul Krugman hat die wesentlichen Gründe für die Verstaatlichung der Banken benannt:

Der Staat kann den Giftmüll (toxische Wertpapiere) aus den Bilanzen der Banken sortieren, die Banken mit frischem Kapital versorgen und die Steuerzahler mit späteren Bankgewinnen entschädigen. Die Finanzierung der Banken wird zudem billiger: Denn Banken trauen sich wegen der giftigen Papiere nicht über den Weg und leihen Geld daher nur zu sehr teuren Konditionen. Sie würden sich mit dem Staat im Rücken wieder stärker vertrauen, da der Staat ihre Kredite garantiert. Darüber hinaus erhält der Staat Einfluss auf die Geschäftspolitik der Banken. Weil die Bundesregierung trotz staatlicher Hilfen auf Stimmrechte bei der Commerzbank verzichtet, macht diese weiterhin kriminelle Geschäfte mit Steueroasen.

CDU-Landesregierungen haben auch mit öffentlichen Landesbanken Unfug getrieben. Ein öffentlicher Bankensektor mit starken Sparkassen, Genossenschaftsbanken und Landesbanken ist daher notwendig aber er reicht nicht aus, um einen Finanzsektor zu schaffen, der Investitionen statt Spekulation finanziert.

Notwendig ist, die öffentlichen Banken auch im öffentlichen Interesse zu betreiben und nicht, um möglichst hohe Gewinne zu erzielen. Der Finanzsektor muss als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge betrachtet und dem Gemeinwohl untergeordnet werden. Die Sparkassen mit ihrer soliden Geschäftspolitik sind hier ein gutes Beispiel. Ein öffentlicher Finanzsektor ist zentral, um die wirtschaftliche Entwicklung sozial und ökologisch zu steuern.

Erwerbsarbeit

1. Zusammenfassung

Arbeit ist die Grundlage der Wirtschaft. Ohne Arbeit gibt es keine Produktion und auch keinen sozialen Fortschritt. Die meisten Güter und Dienstleistungen werden durch Erwerbsarbeit produziert. Das ist Arbeit, mit der man Geld verdient. Erwerbsarbeit bedeutet für die meisten Menschen nicht nur Einkommen, sondern auch Teilhabe am sozialen Leben.

Die wachsende Arbeitsproduktivität (durch bessere Maschinen und Verfahren wird mehr in weniger Zeit produziert) schafft die Voraussetzung für Arbeitszeitverkürzung und höhere Löhne. Diese Entwicklung der Produktivkräfte vollzieht sich vor allem im Rahmen von Erwerbsarbeit. Im Kapitalismus müssen die Beschäftigten aber um Arbeitszeitverkürzung und höhere Löhne kämpfen, weil Unternehmen um die höchsten Profite konkurrieren. Unternehmen haben daher ein Interesse an längeren Arbeitszeiten und niedrigeren Löhnen. Wenn die Unternehmen sich durchsetzen, kommt es zu Wirtschaftskrisen und Arbeitslosigkeit, weil den Menschen das Geld fehlt, die zusätzlich produzierten Waren und Dienstleistungen zu kaufen. Unternehmen werden dann trotz steigender Profite weniger investieren.

Öffentliche Aufgaben und soziale Dienstleistungen werden von Beschäftigten im öffentlichen Dienst verrichtet und von Bund, Ländern, Gemeinden oder Sozialversicherungen bezahlt. Dafür werden Steuern und Sozialbeiträge erhoben. Insbesondere Unternehmer und Reiche haben durchgesetzt, dass diese Abgaben für sie in den letzten Jahrzehnten immer wieder gesenkt wurden und der Sozialstaat dadurch unter Finanznot leidet. Viel sinnvolle Arbeit wird deshalb nicht oder unzureichend erledigt, obwohl großer Bedarf besteht: im Bildungswesen und in Kinder- und Jugendeinrichtungen, im Gesundheitswesen und in der Altenpflege, im Kulturbereich, im Umweltschutz und anderem. Es gibt daher nicht zu wenig Arbeit, sondern zu wenig anständig bezahlte Jobs. Es gibt gleichzeitig viel Arbeit, die zusätzlich, in besserer Qualität und besser bezahlt verrichtet werden müsste, und Millionen von Menschen, die eine gute Arbeit suchen. Die Aufgabe der LINKEN ist, diesen Widerspruch durch eine Politik zu lösen, die die Bedürfnisse der Menschen befriedigt, Vollbeschäftigung verwirklicht und soziale Gerechtigkeit wie auch gleiche Rechte für Frauen und Männer anstrebt.

DIE LINKE fordert große Zukunftsinvestitionen des Staates und damit viele neue Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst. Die Löhne und Sozialeinkommen müssen steigen, damit die Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen steigt. Die Lohnsteigerungen müssen mindestens so hoch wie Preissteigerung plus Produktivitätszuwachs sein, um das Verhältnis zwischen Gewinn des Unternehmens und Löhnen der Arbeitnehmer stabil zu halten. Darüber hinaus muss eine Umverteilung von oben nach unten durchgesetzt werden. Damit, und mit Arbeitszeitverkürzung, soll Vollbeschäftigung erreicht werden, damit alle, die können & wollen, einen guten Job finden.

Das Bedingungslose Grundeinkommen (BGE) würde die Probleme nicht lösen. Es bedeutet wenig Geld für Jeden, statt gute Arbeit für alle. Das BGE müsste zudem aus Erwerbsarbeit finanziert werden. Es würden also weiterhin viele Menschen zu schlechten Bedingungen arbeiten, während die anderen mit wenig Geld abgefunden werden. Das vertieft die Spaltung zwischen denen, die für Geld arbeiten und Jenen, die keine Arbeit finden. Unternehmen würden zudem die Löhne weiter senken, wenn alle Menschen ein BGE bekämen. Es führt kein Weg am Kampf um bessere Arbeitsbedingungen, höhere Löhne und kürzere Arbeitszeiten vorbei.

2. Programmentwurf

Im Programmentwurf der LINKEN steht:

„Wir wollen, dass alle Menschen nach ihren Fähigkeiten und Neigungen am gesellschaftlich organisierten Arbeitsprozess mitwirken können und streben eine neue, gerechte Verteilung der Erwerbsarbeit und der anderen gesellschaftlich notwendigen Arbeiten an.

(...) Die Grundlage für die Entwicklung der Produktivkräfte ist heute und auf absehbare Zeit die Erwerbsarbeit. Die soziale Gestaltung und gerechte Verteilung der Erwerbsarbeit und der anderen notwendigen Arbeiten insbesondere zwischen Männern und Frauen, haben eine Schlüsselrolle auch für die Gestaltung der gesellschaftlichen Lebensverhältnisse und des Sozialstaats.

Die Massenerwerbslosigkeit muss deshalb überwunden werden. Sie ist erniedrigend für die Betroffenen und sie verhindert gute Arbeit, weil sie die Position der Beschäftigten und der Erwerbslosen und die Durchsetzungskraft ihrer Gewerkschaften gegenüber dem Kapital massiv schwächt. Sie verursacht großen finanziellen Druck auf den Sozialstaat. Sie schwächt zudem alle politischen Bestrebungen für eine soziale und ökologische Gestaltung der Produktions- und Lebensweise.“

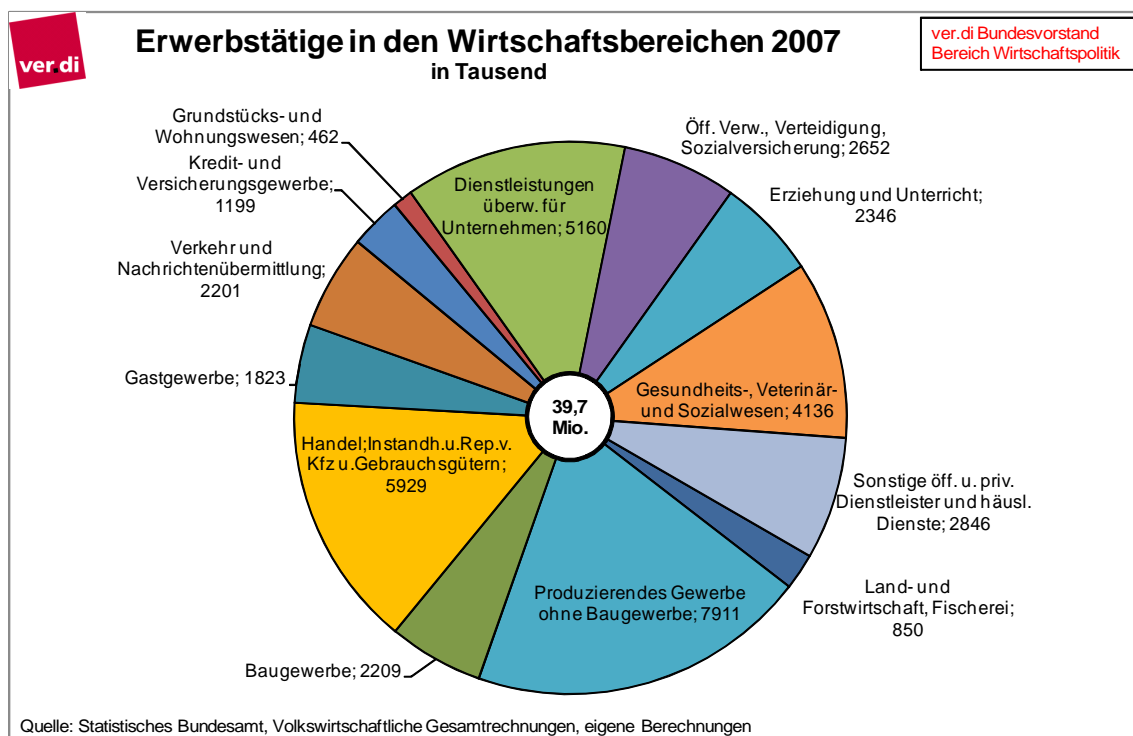
3. Erläuterung

Durch bessere Maschinen und Verfahren werden immer mehr Waren und Dienstleistungen mit derselben Arbeitszeit produziert. Diese Entwicklung nennt man auch „wachsende Arbeitsproduktivität“.

Das Ziel der Arbeiterbewegung war immer, die Arbeit „menschlicher“ zu machen. Die Arbeitszeit sollte sinken und die Löhne steigen. Dies wäre die Grundlage für eine Gesellschaft, die sich Kunst, Kultur, Wissenschaft und den Bedürfnissen der Menschen widmet. Im Kapitalismus geschieht aber das Gegenteil: Unsere Gesellschaft wird immer produktiver und reicher, doch die Arbeits- und Lebensbedingungen der meisten Menschen verschlechtern sich. Dies führt zu Wirtschaftskrisen und Arbeitslosigkeit, weil sich die meisten Menschen die zusätzlich produzierten Waren und Dienstleistungen nicht leisten können. Deswegen investieren Unternehmen nicht ausreichend, um Vollbeschäftigung zu sichern.

Immer mehr Menschen arbeiten nicht um zu Leben, sondern leben um zu arbeiten. Während viele Menschen arbeiten wollen, aber keinen Job finden, arbeiten sich Jene mit einem Job zu Tode. Die Arbeit wird nicht auf mehr Schultern verteilt. Stattdessen beuten die Unternehmen Beschäftigte durch niedrige Löhne, lange Arbeitszeiten, schlechte Arbeitsbedingungen aus, um höhere Profite zu erzielen. Bei hoher Arbeitslosigkeit verschärfen sich diese Probleme, weil die Beschäftigten erpressbar sind. Denn bei Arbeitslosigkeit gibt es immer Menschen, die bereit sind, die Arbeit noch billiger zu erledigen.

Darüber hinaus gibt es eine Menge Arbeit, die in privaten Haushalten oder ehrenamtlich geleistet, also nicht bezahlt wird. Die in Haushalten geleistete Arbeit, insbesondere Kinderbetreuung und Altenpflege, wird überwiegend von Frauen erledigt, während die Erwerbsarbeit in Deutschland weiterhin überwiegend von Männern geleistet wird. Die nicht bezahlte Arbeit könnte mit einem starken öffentlichen Dienst zu anständig bezahlter Arbeit gemacht werden. Zwar arbeiten immer mehr Frauen, aber oft nur in Teilzeit oder in geringfügigen Jobs. Zudem werden Frauen im Durchschnitt 22 Prozent schlechter bezahlt als Männer. Auch um Gerechtigkeit zwischen Frauen und Männern herzustellen, fehlen gut bezahlte Jobs.



DIE LINKE fordert große Zukunftsinvestitionsprogramme und die massive Ausweitung öffentlicher Beschäftigung. Die Löhne und Sozialeinkommen müssen steigen und somit die Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen. Die Lohnsteigerungen müssen zumindest so hoch wie Preis- plus Produktivitätszuwachs sein, um die Verteilung zwischen Gewinn- und Lohneinkommen stabil zu halten. Wir brauchen Mindestlohn, Regelungen gegen alle Formen von Lohndumping, und starke Gewerkschaften. Darüber hinaus muss eine Umverteilung von oben nach unten durchgesetzt werden. Damit und mit Arbeitszeitverkürzung soll

Vollbeschäftigung verwirklicht werden, also dass alle, die können und wollen, „gute“ Jobs finden.

Investitionen und zusätzliche Beschäftigung müssen gezielt auf das Bildungswesen, soziale Dienstleistungen und ökologischen Umbau ausgerichtet werden. Damit sollen wichtige Bedarfe gedeckt und der radikale ökologische Umbau eingeleitet werden. Um dies zu finanzieren und zugleich die öffentliche Verschuldung zu reduzieren, müssen eine hohe Vermögensteuer/Millionärsteuer und eine Finanztransaktionssteuer eingeführt und die Besteuerung großer Erbschaften, finanzstarker Unternehmen und hoher Einkommen erhöht werden.

4. Bedingungsloses Grundeinkommen (BGE)

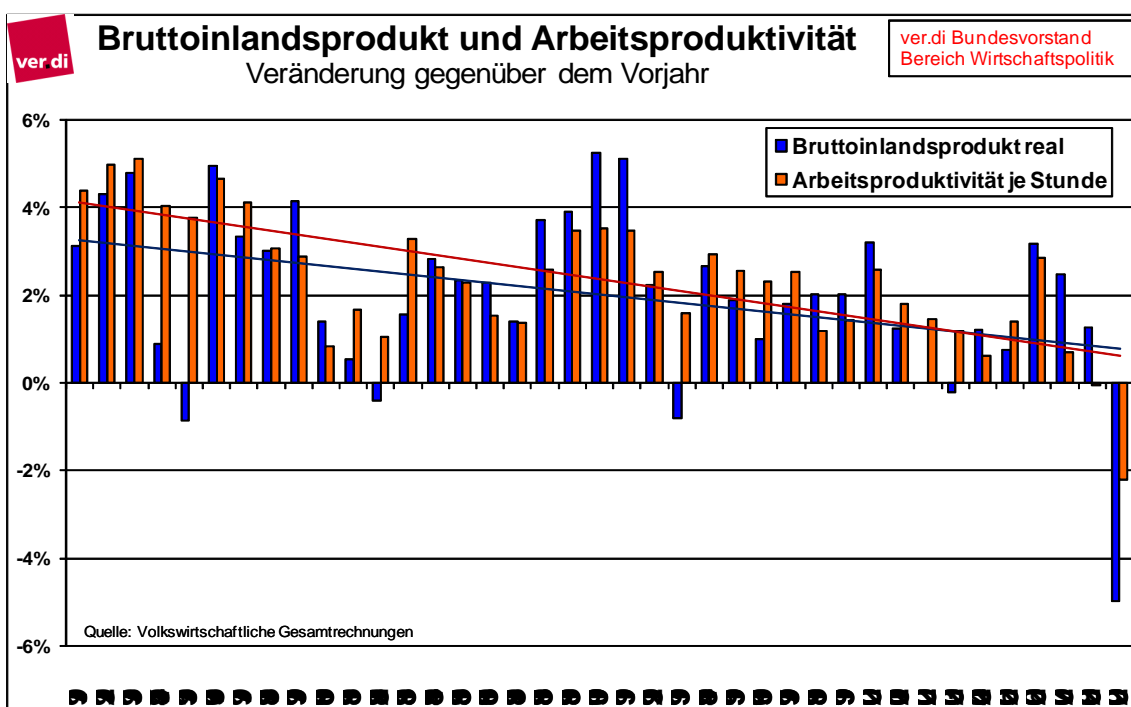
Das Bedingungslose Grundeinkommen (BGE) löst die Probleme der Arbeitsgesellschaft nicht: Die Anhänger eines BGE hoffen den Zwang zur Lohnarbeit zu beseitigen. Aber das BGE könnte wie alle Sozialleistungen nur gezahlt werden, wenn die meisten Erwerbsfähigen weiterhin für Geld arbeiten und aus ihrem Einkommen oder ihren Konsumausgaben Steuern zahlen. Das BGE wird zudem gezahlt, damit die Menschen sich davon Güter und Dienstleistungen kaufen können. Auch diese Güter und Dienstleistungen müssen durch Erwerbsarbeit, produziert werden. Konkret: Auch Bezieher des BGE kommandieren die Arbeit anderer Menschen. Wer also Lohnarbeit per se als Zwang kritisiert und abschaffen will, darf keine Geldleistung fordern.

Je höher die Arbeitslosigkeit und je niedriger die Einkommen, desto stärker werden sich Jene die noch Arbeit haben und Abgaben zahlen müssen dagegen wehren, Jene ohne Arbeit zu finanzieren. Wer daher Solidarität zwischen Beschäftigten und Arbeitslosen fordert, muss das Ziel haben die Arbeitslosigkeit zu verringern. Wer Arbeitslosigkeit akzeptiert geht den Unternehmern auf den Leim, die Beschäftigte dann besser erpressen und gegen Arbeitslose ausspielen können.

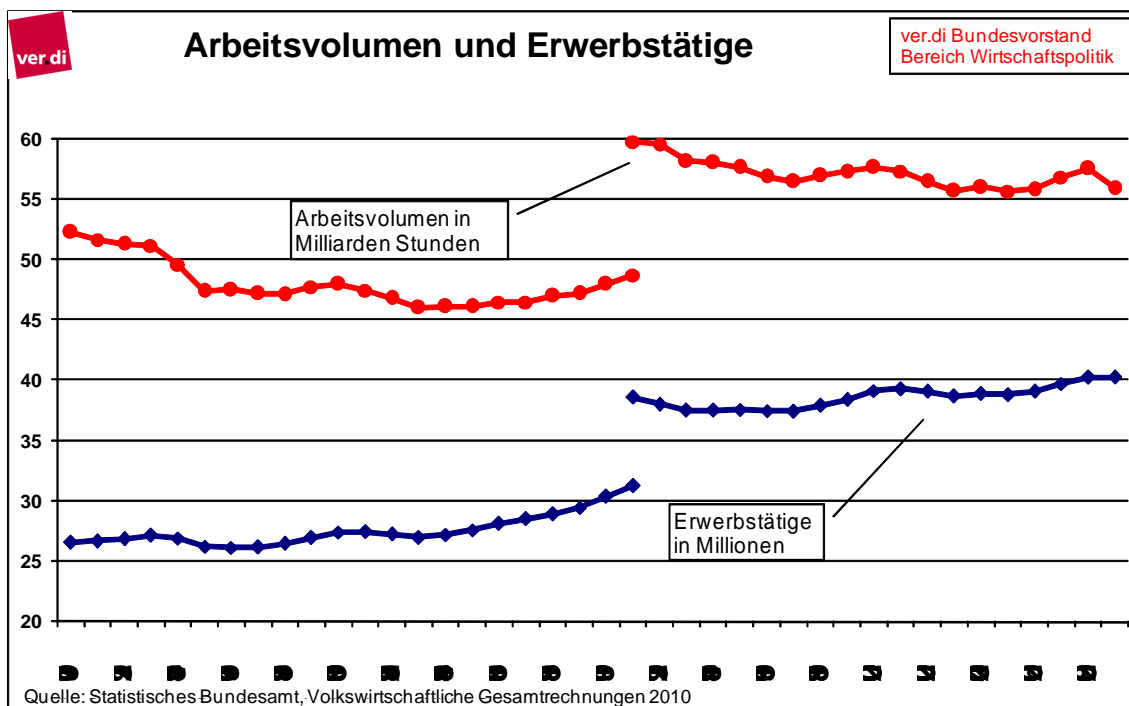
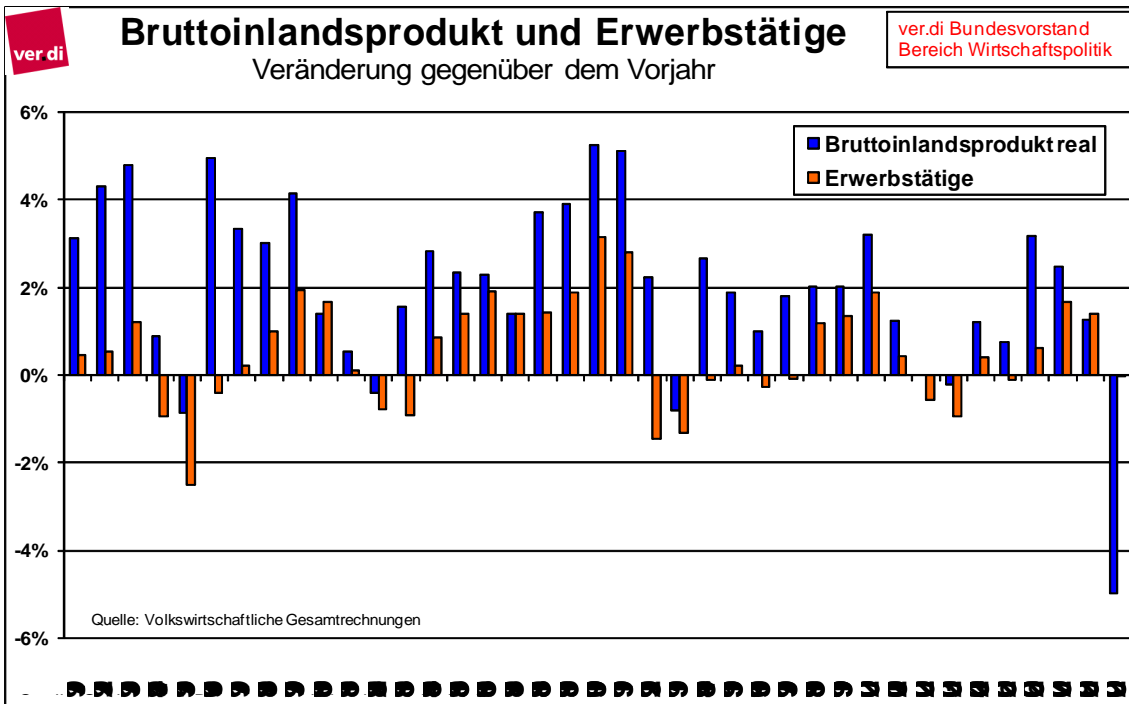
Selbstverständlich sind alle Linken dafür, dass in unserer reichen Gesellschaft alle das Recht haben, ein menschenwürdiges Leben zu führen und über das dazu notwendige Geld zu verfügen. Wenn jemand kein anderweitiges Einkommen hat, muss das vom Sozialstaat zur Verfügung gestellt werden. Deshalb fordert DIE LINKE verbesserte Arbeitslosengeld- und Rentengesetze und eine Mindestabsicherung in bedarfsdeckender Höhe, ohne Repression und Entwürdigung. Falsch ist aber die Forderung, ein Grundeinkommen „bedingungslos“ auch all jenen, der großen Mehrheit der Erwachsenen, in die Tasche zu stecken, die es gar nicht nötig haben. Dies würde gewaltige Probleme aufwerfen, sofern ein BGE überhaupt durchsetzbar wäre. Eine solche Forderung hilft daher nicht weiter, sondern lenkt nur ab von den oben genannten Forderungen und Kämpfen, um die es tatsächlich geht.

5. Fakten

Steigt die Arbeitsproduktivität schneller als das Wachstum kommt es zu Arbeitslosigkeit. Ab einem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von etwa 1,5 Prozent kommt es in Deutschland zu einem Anstieg des Arbeitsvolumens und der Beschäftigung. Dieser Wert der „Beschäftigungsschwelle“ ist im Laufe der Zeit gesunken. Dies liegt vor allem daran, dass der Anteil der Dienstleistungen am BIP gestiegen ist, in denen die Produktivitätssteigerung überwiegend langsamer ist als in der Industrie. Durch eine linke Politik des Ausbaus öffentlicher Dienstleistungen und der Stärkung der Massenkaufkraft würde dieser Anteil weiter gesteigert und die Beschäftigungsschwelle weiter gesenkt.



Insgesamt ist das Arbeitsvolumen in der BRD von 1970 bis 1991 um sieben Prozent, von 1991 bis 2008 um knapp vier Prozent gesunken. Das preisbereinigte BIP stieg in diesen Zeiträumen um 76 und 29 Prozent, die Arbeitsproduktivität um 89 und 34 Prozent. Die durchschnittliche Arbeitszeit je Erwerbstätigen sank um 22 und um neun Prozent. Die Erwerbstätigenzahl stieg 1970 bis 1991 um 18 Prozent und 1991 bis 2008 um vier Prozent, auf über 40 Millionen, ein historischer Höchststand.



Das Problem sind jedoch die prekären Beschäftigungsverhältnisse. Zugleich sind dringende Bedürfnisse etwa in Bildung und sozialen Dienstleistungen unbefriedigt, weil dem Staat, der sie finanzieren müsste, durch Steuersenkungen zugunsten von Reichen und Unternehmen das Geld dafür entzogen wurde. Massenerwerbslosigkeit und Armut sind Resultat der kapitalistischen Produktions- und Verteilungsverhältnisse. Davon, dass der Gesellschaft die Arbeit ausginge und eine Politik mit dem Ziel der Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit daher sinnlos sei, kann jedenfalls keine Rede sein. Durch alternative Wirtschaftspolitik und Verkürzung der Arbeitszeiten kann das Ziel neuer Vollbeschäftigung wirksam verfolgt werden.

Öffentlicher Dienst

1. Zusammenfassung

Der öffentliche Dienst ist der Anker der Löhne. Arbeiten zu wenige Menschen für zu niedrigen Lohn im öffentlichen Dienst, wird es für Arbeitgeber leichter Druck auf die Löhne und Arbeitsplätze der Beschäftigten in der privaten Wirtschaft auszuüben.

Die Landesregierung wird so viele neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einstellen, dass der Personalbestand im Jahr 2014 bei 45.500 liegt. Für 2019 geht die Koalition von einer Zielzahl von 40.000 aus. (Koalitionsvertrag zwischen SPD Brandenburg und Die Linke Brandenburg für die 5. Wahlperiode des Brandenburger Landtages)

Mit der Forderung nach Personalabbau im öffentlichen Dienst (ÖD) war nicht nur DIE LINKE in Brandenburg konfrontiert. Auch in NRW zeigten die Sondierungsgespräche zur Bildung einer Landesregierung, dass die SPD vor einem weiteren Kahlschlag bei den Beschäftigten im öffentlichen Dienst nicht zurückschreckt.

Hannelore Kraft war nicht bereit, die von Rüttgers beschlossene Streichung von 8700 Stellen im Landesdienst rückgängig zu machen. Fortgesetzter Personalabbau im West-ÖD bestätigt so scheinbar das Argument vom „aufgeblähten ÖD“ im Osten.

2. Programmentwurf

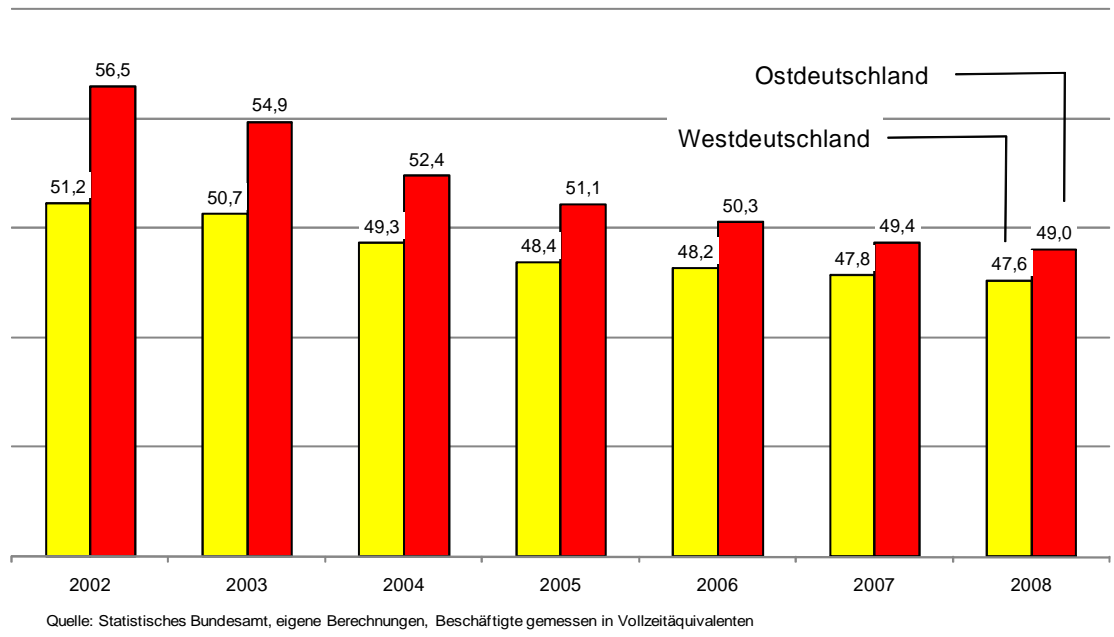
Der Programmentwurf formuliert: »Es ist eine Schande, dass in einem reichen Land wie Deutschland Straßen verrotten, Schulgebäude verfallen, Kinder und Jugendliche keine gute Bildung erhalten, Pflegebedürftige vernachlässigt und kommunale Bibliotheken oder Schwimmbäder aus Geldmangel geschlossen werden ... Die Beschäftigung im Bereich öffentlicher und sozialer Dienstleistungen ist in Deutschland im internationalen Vergleich stark unterentwickelt und zudem häufig schlecht bezahlt. Wir wollen in diesen Bereichen Millionen neue reguläre und tariflich bezahlte Arbeitsplätze schaffen und so zugleich dringende gesellschaftliche Bedürfnisse befriedigen ... DIE LINKE ... wird sich an keiner Regierung beteiligen, die Privatisierungen vornimmt, Sozial- oder Arbeitsplatzabbau betreibt.«

3. Fakten

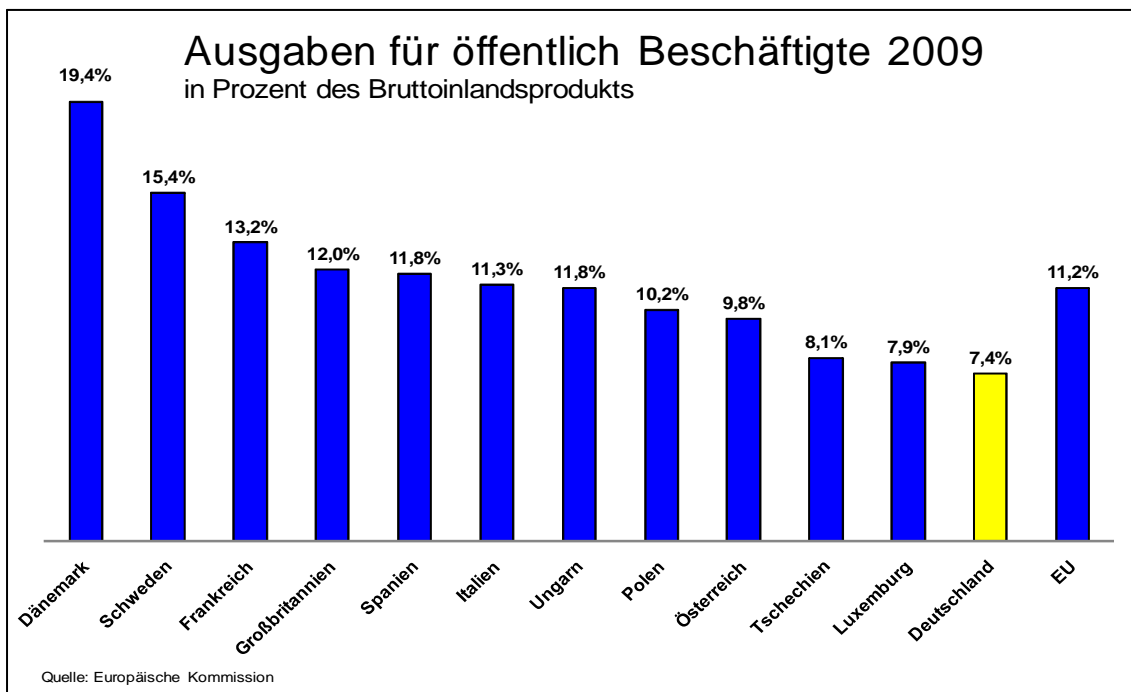
Die Anzahl der Beschäftigten im ÖD im Verhältnis zur Bevölkerungszahl ist in den ostdeutschen Ländern in der Tat etwas höher als in den westdeutschen. Allerdings geht dieser Wert in Ost wie West ständig zurück. Der Osten lag mit 49 ÖD-Beschäftigten pro 1000 Einwohner 2008 dort, wo der Westen vier Jahre zuvor lag. Die ostdeutschen Länder können den Westen nur einholen, wenn sie noch schneller als der Westen Beschäftigung im ÖD abbauen. Seit Mitte der 90er Jahre sind die Personalausgaben im öffentlichen Dienst in Deutschland mit 160 bis 170 Milliarden Euro praktisch konstant. In Kaufkraft gemessen sind sie also erheblich gesunken.

Hase-und-Igel-Wettlauf beim Stellenabbau

Beschäftigte im mittel- und unmittelbaren öffentlichen Dienst pro 1000 Einwohner



Dies wird deutlich, wenn man die Personalausgaben ins Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) setzt: Sie sind von rund neun auf knapp sieben Prozent gesunken. Lediglich 2009 ist der Anteil wieder leicht gestiegen. Dies liegt an einem besseren Tarifabschluss im ÖD, vor allem aber daran, dass das BIP 2009 um fünf Prozent gesunken ist.



Außerdem ist durch den Kita-Ausbau und mehr Beschäftigte bei der Bundesagentur für Arbeit die Beschäftigtenzahl erstmals seit 1991 wieder leicht gestiegen. Lägen die Personalausgaben

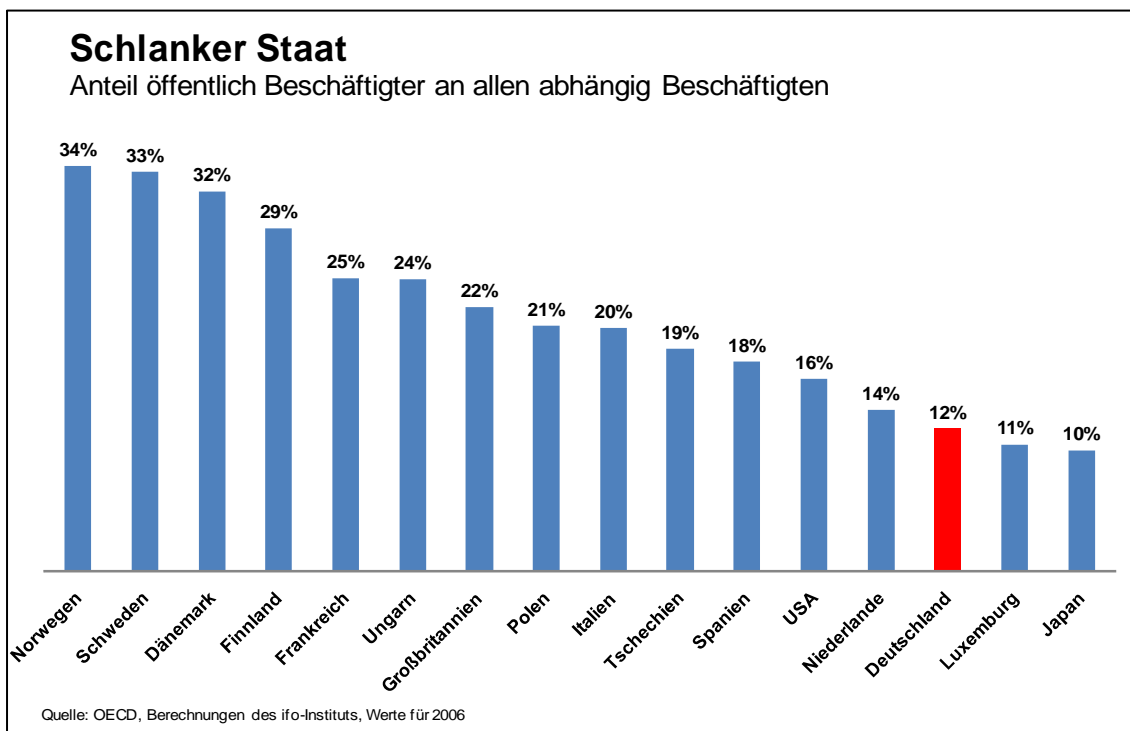
im Vergleich zum BIP heute noch auf dem Niveau von Anfang der 90er Jahre, würden jährlich mindestens 40 Milliarden Euro mehr ausgegeben.

Die Schrumpfung erfolgte vor allem durch Personalabbau. Aber auch bei der Einkommensentwicklung blieben die Beschäftigten im ÖD hinter der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zurück.

Die Behauptung, dass die Beschäftigten im ÖD dafür einen sicheren Arbeitsplatz hätten, stimmt immer weniger. Heute sind acht bis zehn Prozent der Angestellten befristet beschäftigt. Bei den Neueinstellungen ist die öffentliche Verwaltung mit einem Anteil von 67 Prozent bei den Befristungen sogar Spitzenreiter.

Nach EU-Angaben gibt heute kein Land in der EU im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung weniger als Deutschland für Beschäftigte im öffentlichen Dienst aus. Nach Angaben der Organisation für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (OECD) hat Luxemburg zwar im Verhältnis zur Gesamtbeschäftigung weniger Beschäftigte im ÖD. Offensichtlich werden diese aber besser bezahlt als in Deutschland, weil der Personalausgabenanteil höher ist.

Auch Statistiken der Internationalen Arbeitsorganisation der UNO zeigen ein vergleichbares Bild. Sogar die USA haben einen höheren Anteil an öffentlich Beschäftigten. Wollte Deutschland das Niveau von Frankreich erreichen, müsste der Anteil der ÖD-Beschäftigten an den Beschäftigten insgesamt verdoppelt werden. Um gegenüber Skandinavien aufzuholen, müsste der Anteil sogar noch stärker steigen.



Wachstum & Ökologie

1. Zusammenfassung

Der Kapitalismus zerstört die Lebensgrundlagen auf der Erde. Der Programmentwurf führt die ökologische Katastrophe daher als eine der großen Krisen unserer Gesellschaft auf. DIE LINKE will demokratischen Sozialismus mit einer ökologischen Wirtschaft verbinden.

Es gibt jedoch verschiedene Meinungen darüber, ob sich Wirtschaftswachstum und Ökologie vertragen: Wir denken nicht, dass weniger Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) mehr Ökologie oder weniger Kapitalismus bedeutet. Ein geringes Wachstum kann sogar den ökologischen Umbau der Wirtschaft behindern. Das BIP misst nämlich den Wert der produzierten Waren und Dienstleistungen und nicht etwa den Verbrauch an Rohstoffen oder Umwelt.

Wir brauchen Wachstum in bestimmten Bereichen und Schrumpfung in anderen. Investitionen in den ökologischen Umbau sowie eine gerechtere Verteilung von Einkommen führen aber über höhere öffentliche Investitionen und mehr privaten Konsum zu mehr Wachstum. Dies ist (mittelfristig) auch erforderlich, um den Strukturwandel zu einer Wirtschaft zu schaffen, die wenig Rohstoffe verbraucht und auch die Bevölkerung für neue Lebensstile zu gewinnen

Sozial-Ökologischer Umbau muss mit mehr Lebensqualität und öffentlichen Gütern einhergehen. Wer Verzicht predigt, gefährdet die politische Unterstützung für den ökologischen Umbau und den erforderlichen wirtschaftlichen Strukturwandel.

2. Programmentwurf

Aus dem Programmentwurf der LINKEN:

„Der globale Kapitalismus versagt nicht nur sozial und ökonomisch, sondern auch ökologisch. Er orientiert Entscheidungen auf immer kürzere Zeithorizonte. Es wird auf Wechselkursschwankungen, auf Kursänderungen von Wertpapieren und Aktien, auf Zinsdifferenzen und Veränderungen von Preisen für Immobilien und Ressourcen spekuliert. Entscheidungen mit längerfristiger Perspektive und die Berücksichtigung langer Zyklen der Natur stehen in tiefem Widerspruch zum kurzfristigen Profitkalkül. Das Wachstum der vergangenen 250 Jahre basierte vor allem auf der Nutzung fossiler Energieträger, zunächst der Kohle und seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts von Erdöl und Erdgas. Die Öl-, Kohle- und Gasreserven sind jedoch begrenzt. Der Höhepunkt der Förderung wird in absehbarer Zeit erreicht sein. Danach wird das Angebot von fossiler Energie rückläufig sein, während die Nachfrage infolge des immer noch riesigen Bedarfs an fossilen Energien in den Industrieländern und den Schwellenländern steigt. Unter kapitalistischen Bedingungen wird dies die Preise der fossilen Energieträger und dabei auch die Profite der Energiekonzerne hochtreiben und auf diese Weise auch ihre gesellschaftliche und politische Macht weiter stärken.

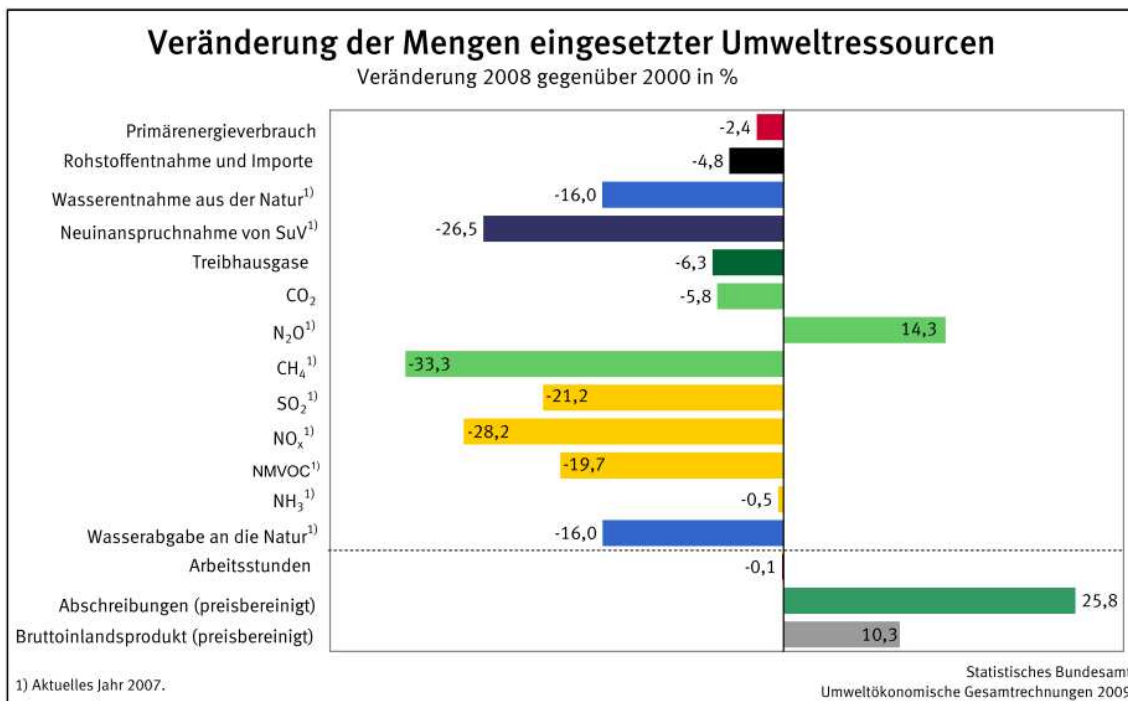
(...) Wir brauchen einen Richtungswechsel in der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Sie muss für ein sozial und ökologisch gesteuertes, selektives Wachstum sorgen und eine neue Vollbeschäftigung anstreben. Dazu muss die inländische Nachfrage durch eine Umverteilung zugunsten kleiner und mittlerer Einkommen und eine Ausweitung öffentlicher Leistungen gestärkt werden. DIE LINKE fordert große öffentliche Zukunfts- und Investitionsprogramme in Bildung, in soziale, ökologische und Verkehrsinfrastruktur.“

3. Wachstum & Umwelt

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) misst den Wert der im Inland produzierten Waren und Dienstleistungen als Geldsumme. Ein Wachstum des BIP kann aber sowohl mehr als auch weniger Umweltzerstörung bedeuten (siehe Grafik).

So gab es in den Industriestaaten in den letzten Jahrzehnten meist geringes Wachstum, aber hohen Ressourcenverbrauch. Der Umwelt wäre auch nicht geholfen, wenn China sein Wachstum einstellt und einfach alte Industrieanlagen weiterbetreibt.

Der ökologische Umbau erfordert massive öffentliche Investitionen, etwa in den öffentlichen Personennahverkehr. Dies führt, ebenso wie eine gerechtere Verteilung der Einkommen, zu mehr statt weniger Wachstum. Denn eine Ausweitung der staatlichen Investitionen und öffentlichen Ausgaben sei es durch Investitionen in das Schienennetz, höhere Löhne im öffentlichen Dienst oder höhere Hartz-IV-Sätze, führt zu einem höheren BIP.



Ein warmes und gesundes Mittagessen an den Schulen wäre ökologischer als tausende Kleinfamilien, die mit dem Auto einkaufen und zu Hause kochen. Würde der Staat das Schulesen übernehmen und dafür Schulküchen bauen und Köche bezahlen, steigt das BIP: Wachsen die Einkommen der Beschäftigten und Arbeitslosen, führt dies ebenso zu mehr Wachstum, weil Menschen mit niedrigerem Einkommen einen größeren Anteil davon

konsumieren als etwa Millionäre. Steigender privater Konsum führt zu höheren Investitionen und mehr Wachstum. Ab einer bestimmten Einkommenshöhe werden aber auch mehr regionale Dienstleistungen wie Friseur- oder Museumsbesuche nachgefragt. Natürlich können höhere Einkommen auch in ein Zweitauto fließen. Höhere Masseneinkommen sind daher eine notwendige, aber keine hinreichende Voraussetzung für den ökologischen Strukturwandel.

Ein Wachstumsverzicht lässt sich ohnehin nicht politisch verordnen, da technischer Fortschritt und Investitionen wesentliche Grundlage des Wachstums sind. Man kann Fortschritt nur schwer verbieten. Man kann ihn aber durch öffentliches Eigentum und Regulierung steuern. Selbst wenn ein Verzicht auf Wirtschaftswachstum möglich wäre, würden Arbeitslosigkeit und Verteilungskämpfe die Unterstützung der Beschäftigten für den ökologischen Umbau verhindern. Wir müssen die Beschäftigten für den Umbau gewinnen. So gibt es bereits erfolgreiche Beispiele bei VW. Dort wird ein festgelegter Teil der Investitionen für neue energiesparende Modelle der Leichtbauweise verwendet. Die Belegschaft unterstützt das, weil sie erkannt hat, dass über diese Sparte neue Aufträge hereinkommen.

Natürlich reicht dies nicht: Der Individualverkehr muss stark verringert werden. Zum Beispiel kann eine Politik, die einen Gesamtplan für den öffentlichen und individuellen Verkehr entwirft, mit Kleinbussen und anderen Verkehrsmitteln den Individualverkehr reduzieren, ohne die Mobilität einzuschränken. Bei hoher Arbeitslosigkeit müssen Menschen aber weitere Strecken in Kauf nehmen, um ihren Arbeitsplatz zu erreichen. Niedrige Arbeitslosigkeit ist daher eine Voraussetzung für intelligente Verkehrsplanung.

4. Fakten

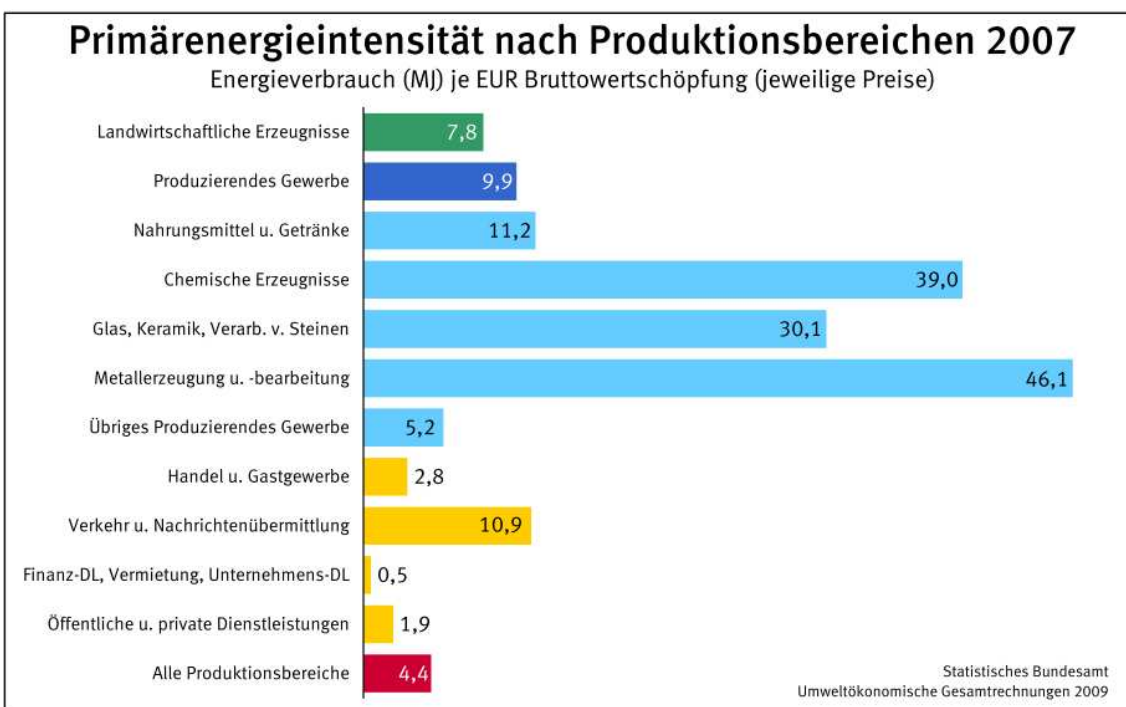
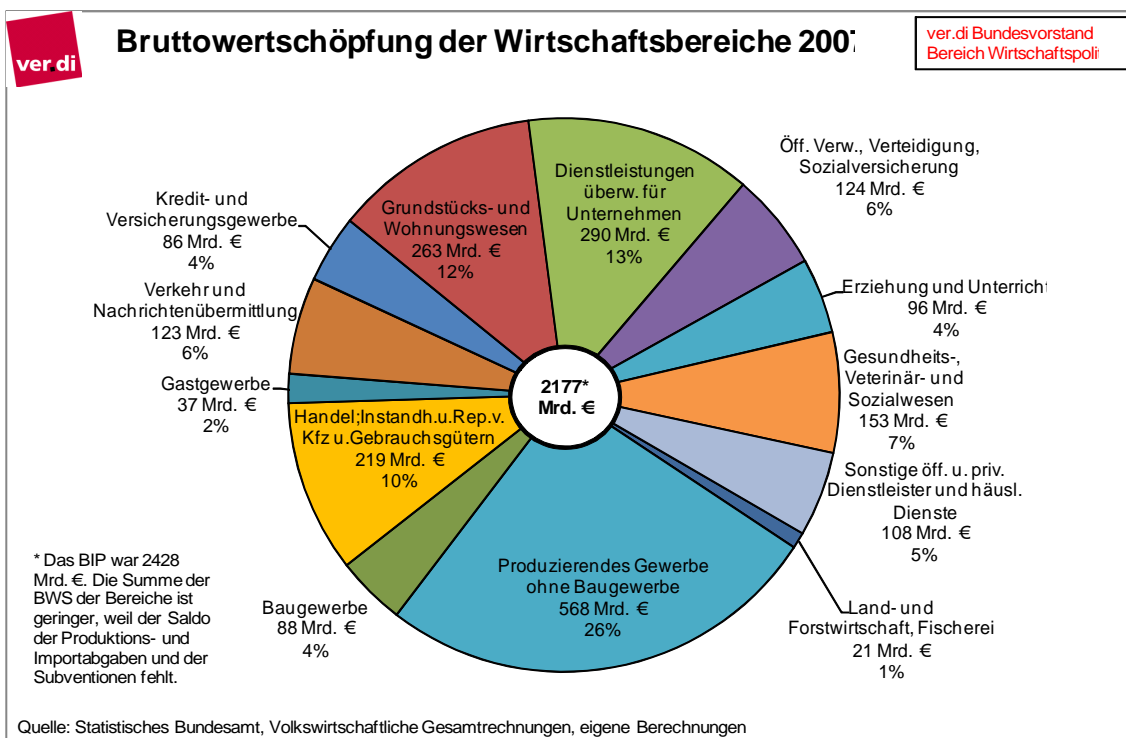
Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) drückt den Wert der im Inland produzierten Waren und Dienstleistungen als Geldsumme aus. Das BIP beträgt in Deutschland gegenwärtig etwa 2500 Milliarden Euro pro Jahr. Das BIP ist die Summe der Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche plus der vom Staat erhobenen Gütersteuern minus der vom Staat dafür gezahlten Subventionen.

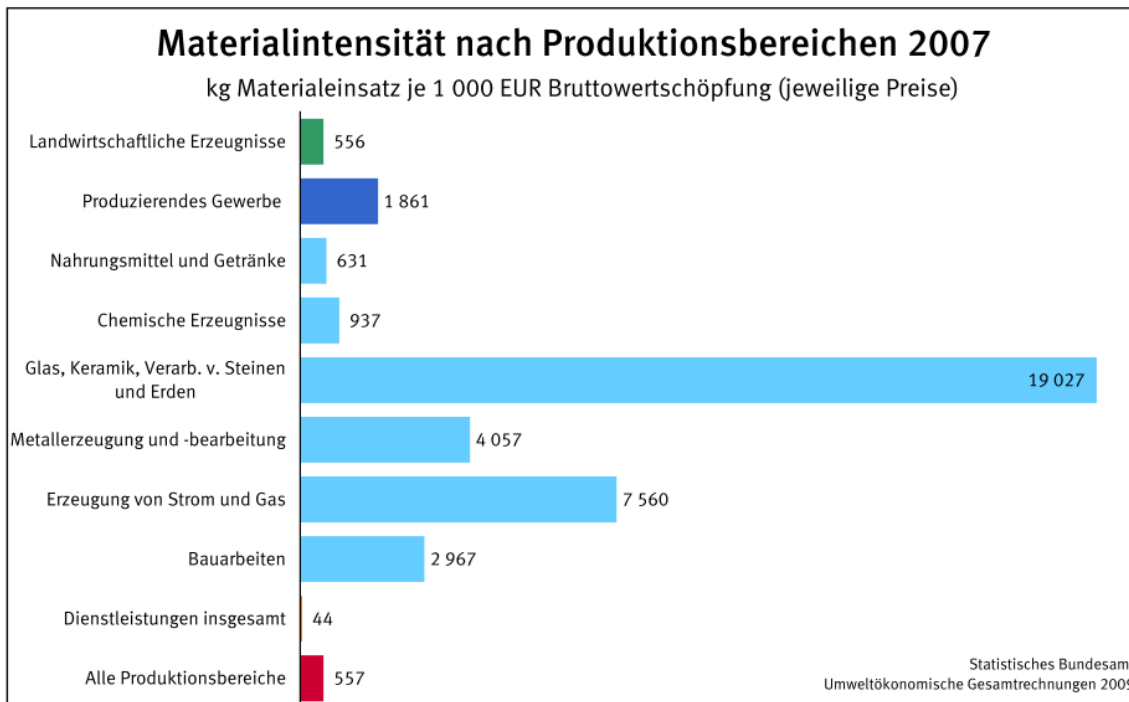
Ausgangspunkt sind die Marktpreise der Produkte, von denen bezahlte Gütersteuern abgezogen und zu denen Gütersubventionen addiert werden, um die Herstellungskosten zu ermitteln. Davon wird dann der Wert der in der Produktion verbrauchten Vorleistungen abgezogen, um die Bruttowertschöpfung zu ermitteln. Beim Staat, einschließlich Sozialversicherungen, gibt es keine Marktpreise. Hier wird stattdessen der Aufwand für Arbeitnehmerentgelte, wie Gehälter von Lehrern und Polizisten, und Abschreibungen, das ist der Wertverlust der Gebäude und Ausrüstungen, addiert und als Maß für die Bruttowertschöpfung genommen.

Als Wertschöpfung betrachtet die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (VGR) die Produktion durch Erwerbsarbeit, wobei auch Schwarzarbeit und andere nicht registrierte Erwerbstätigkeit einbezogen wird. Vermögenszuwachs durch Kapitalerträge, Wertsteigerungen von

Vermögensgütern und Finanzanlagen betrachtet die VGR nicht als Wertschöpfung, sondern als Verteilung anderswo produzierter Einkommen.

Nur etwa 30 Prozent dieser Wertschöpfung entstammen in Deutschland der Produktion des Verarbeitenden Gewerbes, Baugewerbes, Bergbau und Landwirtschaft. Etwa 70 Prozent produzieren die verschiedenen Dienstleistungsbereiche einschließlich des öffentlichen Dienstes. Der Anteil dieser Bereiche an Beschäftigung und Arbeitsvolumen ist ähnlich. Ein Wachstum des BIP muss also nicht mit einem Wachstum der energiefressenden Industrien einhergehen (Grafik).

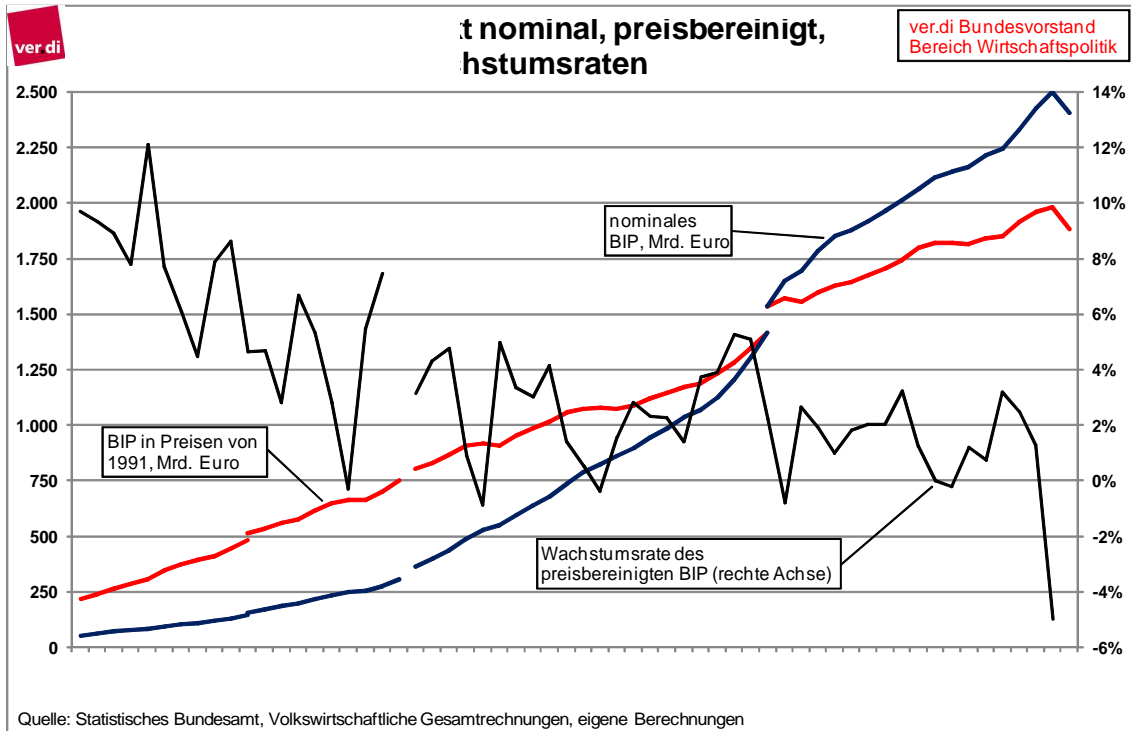




Der VGR-Begriff der Wertschöpfung und der Erwerbstätigkeit erfasst, welche bezahlten Güter und Dienstleistungen eine Gesellschaft produziert. Auch Lohnarbeit im öffentlichen Dienst und in Organisationen ohne Erwerbszweck wird dabei als wertschöpfend betrachtet. Der Begriff ist damit für wirtschaftspolitische Argumentationen der LINKEN, die eine Ausweitung der Beschäftigung, und damit der Wertschöpfung gemäß VGR, gerade auch im öffentlichen Dienst fordern, sinnvoll.

Wie ermittelt man das Wachstum des BIP und was drückt es aus? Es wird das in einem Zeitraum produzierte BIP mit dem eines früheren Zeitraums verglichen. Am wichtigsten sind Vergleiche von Jahreswerten. Die Veränderungen des BIP sind dabei erheblich von Preisveränderungen beeinflusst. Diese werden herausgerechnet, es wird deflationiert. So stieg das BIP 1991 bis 2008 nominal, also in laufenden Preisen, um 63 Prozent, preisbereinigt nur um 29 Prozent.

Die Veränderung des preisbereinigten BIP heißt reales Wirtschaftswachstum. Das reale BIP-Wachstum weist zum einen typische konjunkturelle Schwankungen und periodische Krisen auf, zum anderen ist es in den letzten Jahrzehnten in Deutschland tendenziell schwächer geworden.



Interessierten empfehlen wir

Krämer, R. & Schui, H. (2010) Wachstum!? Qualitativ, sozial-ökologisch, reguliert – oder schrumpfen?, Supplement der Zeitschrift Sozialismus, Nr. 7-8.

(<http://www.sozialismus.de/archiv/supplements/liste/detail/artikel/wachstum>)

1. Programmentwurf

„Für DIE LINKE ist Krieg kein Mittel der Politik. Wir fordern die Auflösung der NATO und ihre Ersetzung durch ein kollektives Sicherheitssystem unter Beteiligung Russlands.“

2. Erläuterung

Die Forderung entspricht den Aussagen des Europa- und Bundestagswahlprogramms. Sie ist friedenspolitisch richtig. Dennoch existieren Missverständnisse zum Thema „kollektives Sicherheitssystem“.

Ein kollektives Sicherheitssystem existiert bereits mit den Vereinten Nationen (UNO). Dieses funktioniert allerdings nicht richtig, da vor allem die NATO und die USA der UNO die Mittel und Instrumente vorenthalten, um ihre Aufgaben zu erfüllen, oder sie für die eigenen Interessen missbrauchen. Die UNO kann aber nur bewaffnete Konflikte schlichten, wenn sie von allen kriegführenden Parteien als neutrale und von nationalen Interessen unabhängige Institution anerkannt wird.

Neben der UNO können auch regionale kollektive Sicherheitssysteme, zum Beispiel für Europa, gegründet werden. Sinn eines kollektiven Sicherheitssystems ist es, Verteidigungsbündnisse oder sonstige Militärbündnisse aufzulösen, da diese keinen Frieden, sondern lediglich Sicherheit auf Kosten anderer Staaten und Regionen schaffen. Das hierdurch entstehende militärische Ungleichgewicht zwischen den Staaten führt zu permanenter Aufrüstung. Steuergelder werden für Armeen verschleudert, statt für die Umwelt oder sozial oder wirtschaftlich sinnvolle Projekte ausgegeben.

Ein kollektives Sicherheitssystem soll hingegen Sicherheit und somit Frieden für alle beteiligten Staaten und Menschen bringen. Die Staaten, die sich entschließen, einem kollektivem Sicherheitssystem beizutreten oder es zu gründen, erklären auf diese Weise, dass sie an der bisherigen militarisierten Außenpolitik nicht mehr festhalten wollen, sondern mit anderen Staaten ein ehrliches, vertrauensvolles und freundschaftliches Verhältnis aufbauen möchten. Dazu gehen diese Staaten eine Vielzahl von Verpflichtungen ein.

Dazu gehören im Wesentlichen:

- Das strikte Verbot der Gewaltanwendung der Staaten. Der Staat, der sich nicht daran hält und andere Staaten bedroht oder angreift, wird von den übrigen Staaten des kollektiven Sicherheitssystems dafür bestraft.

- Zur gemeinsamen Bestrafung eines Staates, der dennoch Krieg und Gewalt verbreitet, müssen sich alle Mitgliedsstaaten verpflichten und entsprechend gemeinsam handeln. Hierzu braucht es klare Regeln und eine gemeinsame Entscheidungsinstanz für alle Mitgliedsstaaten, die klärt, wann und wie ein solcher Staat von den übrigen Staaten gemeinschaftlich bestraft werden soll.
- Die Abrüstung des jeweils eigenen Militärs, hier der Bundeswehr. Diese Abrüstung muss überprüfbar für die anderen Staaten sein. Zunächst werden die Angriffswaffen und später, wenn die Freundschaftspolitik zwischen den Staaten funktioniert, auch die Verteidigungswaffen abgerüstet. Wer abrüstet, hat keine Möglichkeiten mehr, andere anzugreifen oder zu bedrohen.

Ein kollektives Sicherheitssystem ist demnach ein Friedenskollektiv. Man spricht gleichberechtigt miteinander und nicht übereinander. Im Idealfall kann ein ziviles kollektives Sicherheitssystem Armeen und somit die Bundeswehr überflüssig machen.

Zur Strategie der Partei DIE LINKE. nach der Bundestagswahl 2009

Rede von Oskar Lafontaine am 19.01.2010 in Saarbrücken

Nach dem Wiedereinzug in den Deutschen Bundestag mit 11,9 Prozent der Stimmen und dem Erfolg bei der saarländischen Landtagswahl ist die Gründungsphase der Partei DIE LINKE abgeschlossen. Wir sind jetzt nicht nur in sechs ostdeutschen, sondern auch in sechs westdeutschen Landtagen vertreten und haben bei der Bundestagswahl 5.155.933 Wählerinnen und Wähler für uns gewonnen, mehr als die Grünen und mehr als die CSU.

Mit der Gründung der Partei DIE LINKE wollten wir vor allem die Außenpolitik und die Wirtschafts- und Sozialpolitik verändern. Diese Veränderungen sind in vollem Gange. Nachdem die Mehrheit der Bevölkerung es ablehnt, Deutschland am Hindukusch zu verteidigen, haben sich in diesen Tagen die beiden christlichen Kirchen erneut gegen den Afghanistankrieg ausgesprochen. Die mit uns konkurrierenden politischen Parteien suchen mit unterschiedlicher Intensität ihre Exitstrategie und führen Rückzugsgefechte. Westerwelle will keine weiteren Kampftruppen und einen Abzug der Bundeswehr in nicht all zu ferner Zukunft. Gabriel will, wie Obama, 2011 mit dem Rückzug der Bundeswehr beginnen. Zu Guttenberg hat erkannt, dass in Afghanistan Krieg ist, und dass dieser Krieg nicht zu gewinnen ist. Ebenso unmöglich sei es, so ließ er verlauten, eine Demokratie nach westlichem Vorbild aufzubauen. Darüber hinaus fordert er, wie einige CSU-Politiker schon vor ihm, einen Weg zu finden, um die Bundeswehr aus Afghanistan abzuziehen. Unser Wahlkampfplakat „Raus auf Afghanistan“ zeigt Wirkung.

Bei Hartz IV fordert der Paritätische Wohlfahrtsverband eine „Totalrevision“. Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Rüttgers weiß, dass ein Einzug der Linken in den nordrhein-westfälischen Landtag ihn den Kopf kosten kann und wirbt für eine „Grundrevision“ von Hartz IV. Gabriel greift unsere Forderung auf, langjährig versicherten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern länger Arbeitslosengeld zu zahlen. Mittlerweile gibt es fast jeden Tag neue Vorschläge, um Hartz IV zu verändern. Im Kern geht es darum, die zerstörte Arbeitslosenversicherung wieder herzustellen. An ältere Arbeitslose, die jahrzehntelang in die Sozialversicherung eingezahlt haben, muss das Arbeitslosengeld länger gezahlt werden. Die Zumutbarkeitsklausel, die eine Einladung ist, die Löhne zu drücken, muss verändert werden. Unser Wahlplakat „Hartz IV abwählen“ findet immer mehr Anhänger. Die anderen Parteien überarbeiten Hartz IV.

Für den gesetzlichen Mindestlohn werben neben der Partei DIE LINKE und den Gewerkschaften jetzt auch SPD und Grüne. Die Mehrheit der Wählerinnen und Wähler ist ohnehin dafür, bei uns Regeln einzuführen, die in den meisten europäischen Staaten selbstverständlich sind. Leider wurde die Bundestagsmehrheit zur Einführung des gesetzlichen Mindestlohns in der letzten

Wahlperiode nicht genutzt, weil die SPD nicht aus der Koalitionsdisziplin ausscheren wollte. Es bleibt daher offen, wann dem mehrheitlichen Willen der Bevölkerung endlich im Deutschen Bundestag Rechnung getragen und das verheerende Lohndumping der letzten Jahre beendet wird. Jetzt wird die Praxis des Unternehmens Schlecker kritisiert, das wie viele andere Unternehmen die Deregulierung des Arbeitsmarktes zum Anlass nimmt, die Löhne zu drücken. Die Brandstifter rufen nach der Feuerwehr. Der gesetzliche Mindestlohn würde den Schaden begrenzen.

Dass die jetzige Rentenformel nicht zu halten ist wird immer deutlicher. Die Einführung der kapitalgedeckten Rente erweist sich in der Finanzkrise als eine historische Fehlentscheidung. Die Zerstörung der gesetzlichen Rentenversicherung bleibt ein Skandal. Wer heute 1.000 Euro verdient, hat nach 45 Arbeitsjahren einen Rentenanspruch von 400 Euro. CDU/CSU, SPD, FDP und Grüne haben mit den sogenannten Rentenreformen millionenfache Altersarmut programmiert. Unser Wahlplakat „Gegen die Rente ab 67“ überzeugt jetzt auch die Sozialpolitiker der anderen Parteien. Sie rücken von ihren bisherigen Beschlüssen ab und suchen einen gesichtswahrenden Ausweg. Es versteht sich von selbst, dass DIE LINKE weiterhin für die Angleichung des Rentenniveaus Ost eintritt.

Neben den vier Kernforderungen der Partei DIE LINKE zur Bundestagswahl 2009 „Raus aus Afghanistan“, „Hartz IV abwählen“, „Mindestlohn gerade jetzt“ und „Gegen die Rente ab 67“ hat sich die Wirtschaftspolitik der Linken in der Finanzkrise bewährt. Die Weltwirtschaft wäre zusammengebrochen, wenn nicht alle Industriestaaten im letzten Jahr eine expansive Geld- und Fiskalpolitik gemacht hätten. Mit Verwunderung müssen viele einräumen, dass die neoliberale Ideologie der Deregulierung die Weltwirtschaft in die Krise geführt hat, und dass der von linken Parteien befürwortete Keynesianismus ihren Zusammenbruch verhindert hat. Da aber die Forderung der Linken nach einer Regulierung des Finanzsektors und der Vergesellschaftung des Bankensektors nirgendwo ernsthaft in Angriff genommen wurde, ist mit dem Geld der Zentralbanken nicht die Realwirtschaft gestärkt, sondern die nächste Finanzblase finanziert worden. In bisher einmaliger Weise wurde deutlich, dass die Finanzindustrie die Politik bestimmt und nicht umgekehrt. Der deregulierte Finanzkapitalismus hat die Demokratie ausgehöhlt.

Wir haben an der Deregulierung der Finanzmärkte nicht mitgewirkt und ihre Regulierung seit Jahren gefordert. Auch deshalb begreifen wir uns als demokratische Erneuerungsbewegung. Entweder der Staat kontrolliert und reguliert die Banken, oder die Finanzindustrie kontrolliert und reguliert die Politik.

Wer sich als demokratische Erneuerungsbewegung begreift, muss sagen, was er unter Demokratie versteht. DIE LINKE beruft sich auf die klassische, dem athenischen Staatsmann Perikles zugeschriebene Definition: „Der Name, mit dem wir unsere politische Ordnung bezeichnen, heißt Demokratie, weil die Angelegenheiten nicht im Interesse weniger, sondern der Mehrheit gehandhabt werden.“

Zu den Ursachen, die zur weltweiten Finanzkrise geführt haben, gehört nicht nur die Deregulierung der Finanzmärkte, sondern auch die von Jahr zu Jahr zunehmende ungleiche Verteilung der Vermögen und Einkommen. Diese Ursache der Finanzkrise wird leider auch von denen übersehen, die wie wir in der Deregulierung eine entscheidende Fehlentwicklung sehen. Der Satz Rosa Luxemburgs: „Ohne Sozialismus keine Demokratie und ohne Demokratie kein Sozialismus“ sagt nichts anderes, als dass es ohne eine gerechtere Vermögensverteilung keine Demokratie gibt, weil eine ungerechte Vermögensverteilung zu undemokratischen Machtstrukturen führt. DIE LINKE wirft als einzige politische Kraft die Frage auf, was wem warum gehört. Sie will eine Gesellschafts- und Rechtsordnung, in der das Eigentum dem zugesprochen wird, der es erarbeitet und geschaffen hat. Deshalb fordern wir bei größeren Produktionsunternehmen, den Zuwachs des Betriebsvermögens denen zuzuschreiben, die es erarbeitet haben. Dieses Belegschaftsvermögen bleibt im Betrieb und sichert den Belegschaften die Rechte der Anteilseigner. Nur so kann die Wirtschaft Schritt für Schritt demokratisiert werden und eine Gesellschaftsordnung entstehen, in der sich die Interessen der Mehrheit durchsetzen. Weil DIE LINKE eine Eigentumsordnung befürwortet, die das Eigentum denen zuspricht, die es geschaffen haben, wird sie von den Nutznießern der jetzigen Eigentumsverteilung, die auf der Enteignung der Belegschaften beruht, bekämpft. Das gilt auch für die privatwirtschaftlichen Medien, in denen, so der Gründungsherausgeber der FAZ Paul Sethe, 200 reiche Leute ihre Meinung verbreiten. Dabei gehen die Medien bei linken Parteien immer nach dem gleichen Muster vor. Sie unterscheiden zwischen angeblichen Realpolitikern und Pragmatikern auf der einen Seite und sogenannten Chaoten, Populisten und Spinnern auf der anderen Seite. Auf diese Weise nehmen sie Einfluss auf die politische Willensbildung und die Personalentscheidungen der linken Parteien. Bei der SPD hat sich so über viele Jahre der sogenannte Reformflügel durchgesetzt mit dem Ergebnis, dass sich Wählerschaft und Mitgliedschaft halbierten. Agenda 2010 und Kriegsbefürwortung zerstörten den Markenkern der SPD: Das Eintreten für soziale Gerechtigkeit und Frieden.

Die Grünen, die gerade 30 Jahre alt geworden sind, wurden nach demselben Muster beeinflusst und so zur staatstragenden Partei. Der „Realflügel“ wurde gehätschelt, und die „Chaoten“ und „Spinner“ wurden immer wieder herunter geschrieben. Wie bei der SPD setzte sich der „Realflügel“ durch. Aus einer Partei, die bei ihrer Gründung soziale Gerechtigkeit, Gewaltfreiheit, Basisdemokratie und Umweltschutz auf ihre Fahne geschrieben hatte, wurde eine Partei, die die Agenda 2010 und Kriege befürwortet. Warum ereilte die Grünen nicht dasselbe Schicksal wie die SPD? Die Antwort ist einfach. Die Grünen sind zur Partei der Besserverdienenden geworden. Ihre Wählerinnen und Wähler wollen alle mehr Umweltschutz. Sie unterstützen aber mehrheitlich Kriege, die verharmlosend humanitäre Interventionen genannt werden. Der Markenkern der Grünen ist das Eintreten für den Umweltschutz. Soziale Gerechtigkeit, Gewaltfreiheit und Basisdemokratie gehören aus Sicht vieler ihrer Anhänger nicht unbedingt dazu. Deshalb blieb den Grünen das Schicksal der SPD erspart.

Bei der neuen, erst zweieinhalb Jahre alten Partei DIE LINKE versuchen die Medien dasselbe Spiel. Sie preisen unermüdlich die sogenannten Reformer und Pragmatiker und polemisieren ständig gegen angebliche Populisten, Fundamentalisten, Chaoten und Spinner. Unterstützt werden sie dabei selbstverständlich von den "Reformern" und „Pragmatikern“ der anderen Parteien, die immer wieder die Litanei von der Regierungsuntauglichkeit der Partei DIE LINKE herunterbeten. Würden wir auf diese Propaganda, auf diesen Kampagnenjournalismus hereinfliegen, dann erginge es uns wie der SPD. Da wir noch weniger „etabliert“ sind, würden sich Wählerschaft und Mitglieder noch schneller halbieren. Unsere Wahlerfolge verdanken wir dem Markenkern, den wir uns gemeinsam in den letzten Jahren erarbeitet haben. DIE LINKE ist für ihre Anhängerinnen und Anhänger die Partei des Friedens, der sozialen Gerechtigkeit und der wirtschaftlichen Vernunft. Sie stimmt im Bundestag in der Tradition Karl Liebknechts und Willy Brandts gegen Kriegseinsätze. Sie wendet sich im Gegensatz zur Konkurrenz gegen Sozialabbau, Personalabbau im öffentlichen Dienst und gegen die Privatisierung von Einrichtungen der Daseinsfürsorge. Sie will den Finanzsektor auf seine ursprüngliche Aufgabe beschränken, Kredite für Investitionen in die Realwirtschaft zur Verfügung zu stellen.

Wenn über die Richtigkeit oder Falschheit einer Strategie geurteilt wird, dann entscheiden nicht Strömungen oder Kommentatoren, sondern die Wählerinnen und Wähler. Der Markenkern der neuen Partei, der in der Bundestagswahl mit den Forderungen „Raus aus Afghanistan“, „Hartz IV abwählen“, „Mindestlohn gerade jetzt“ und „Gegen die Rente ab 67“ beschrieben wurde, begründete den Wahlerfolg der Linken.

Um diese unbestreitbare Tatsache kleinzureden und den Anpassungsdruck zu erhöhen, wird behauptet, Wahlerfolge seien nur dann etwas wert, wenn sie auch zu Regierungsbeteiligungen führen. Einfache Gemüter kleiden diese Überzeugung in die Formel: Opposition ist Mist. Dass auch Regierung Mist sein kann, hat die SPD bei den letzten Wahlen schmerzlich erfahren. Sie enttäuschte in der großen Koalition ihre Anhängerinnen und Anhänger erneut mit Mehrwertsteuererhöhung und Rente mit 67 und wurde dafür abgestraft. Ähnlich erging es unserer Schwesterpartei, der „Rifondazione Comunista“ in Italien, die entgegen ihren Wahlversprechen in der Regierung die Kriegsbeteiligung Italiens in Afghanistan und die Kürzung sozialer Leistungen befürwortete. Heute ist sie nicht mehr im Parlament vertreten. Ebenso hat eine der beiden Vorläuferparteien der Linken, die PDS, leider mit Regierungsbeteiligungen nicht die besten Erfahrungen gemacht. Dabei müssen Regierungsbeteiligungen nicht notwendig zu Stimmverlusten bei Wahlen führen. Es gibt viele Beispiele, die das Gegenteil beweisen.

Um keinen Zweifel aufkommen zu lassen: Ich bin für Regierungsbeteiligungen, wenn wir im Sinne unserer Programmatik die Politik verändern. Wer aber behauptet, nur durch die Regierungsbeteiligung könne eine Partei Politik und Gesellschaft verändern, verkennt die Wirkungsweise des parlamentarischen Regierungssystems. Die Sozialgesetze Bismarcks waren beispielsweise nicht das Ergebnis der Einsicht des Eisernen Kanzlers, sondern sie verdanken ihre Entstehung der Absicht, das Erstarken der SPD zu verhindern. Die umlagenfinanzierte

Rente und die Einführung der paritätischen Mitbestimmung wurden von Konrad Adenauer auf den Weg gebracht, um eine Regierungsbildung durch die SPD zu verhindern. Die Grünen haben die Programme der anderen Parteien verändert, ohne an der Regierung beteiligt zu sein. DIE LINKE hat auch nach dem Urteil ihrer schärfsten Kritiker die Agenda der deutschen Politik in der zurückliegenden Wahlperiode mitbestimmt. Nach unserem Erfolg bei der Bundestagswahl überboten sich, wie bereits erwähnt, die anderen Parteien damit, Strategien zum Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan zu entwickeln und Verbesserungen in der Arbeitslosen- und Rentenversicherung vorzuschlagen. Es zeigt sich: Je stärker DIE LINKE, umso sozialer das Land. Statt auf diesen Erfolgen aufzubauen und uns auf den Einzug der Partei DIE LINKE in den nordrhein-westfälischen Landtag zu konzentrieren, leisten wir uns überflüssige Personalquerelen und genießen die wievielte Auflage der Debatte: Regierungsbeteiligung ja oder nein. Zu den Personalquerelen haben vor allem Gregor Gysi und Klaus Ernst das Notwendige gesagt. Dort wo Menschen zusammenarbeiten, das gilt für alle Organisationen und Parteien, gibt es Eitelkeiten, Rivalitäten und persönliche Befindlichkeiten. Da nicht alle Akteure einander in tiefer Sympathie und Zuneigung verbunden sind, muss man sich wie im Alltag an Regeln halten, die ein solidarisches Miteinander ermöglichen.

Was die Regierungsbeteiligung angeht, so wird so getan, als gäbe es bei unserer Partei im Osten Regierungswillige und im Westen Fundamentalisten, die eine Regierungsbeteiligung ablehnen. Das ist offenkundig falsch. In Hessen wollte DIE LINKE Andrea Ypsilanti zur Regierungschefin wählen. Das ist an der SPD gescheitert. Im Saarland wollten wir eine rot-rot-grüne Koalition. Diese scheiterte an den Grünen, die von einem der FDP angehörenden Unternehmer gekauft waren. Und in Hamburg verweigerte nicht DIE LINKE eine mögliche rot-rot-grüne Regierung, sondern die SPD schloss sie von vornherein aus. Auch die Diskussion in Brandenburg verlief nicht nach dem Muster Regierungsbeteiligung ja oder nein. Vielmehr ging es um den Arbeitsplatzabbau im öffentlichen Dienst. Ich hätte den Koalitionsvertrag so nicht unterschrieben, weil unsere Haltelinien: Kein weiterer Sozialabbau, kein weiterer Personalabbau im öffentlichen Dienst und keine weitere Privatisierung Voraussetzung einer Regierungsbeteiligung sein müssen. In einer Zeit, in der im vereinten Deutschland weniger öffentlich Beschäftigte arbeiten als in der ehemaligen Westrepublik, halte ich einen weiteren Arbeitsplatzabbau im öffentlichen Dienst nicht für vertretbar. Hätten wir in Deutschland den gleichen Anteil öffentlicher Beschäftigter an der Gesamtbeschäftigung wie in Schweden, dann gäbe es je nach Rechnung fünf bis sieben Millionen zusätzliche Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst.

Auch in Hessen haben wir darüber gestritten, ob DIE LINKE eine Tolerierungsvereinbarung unterschreiben könne, in der festgelegt war, dass sie keine Mitsprache bei den Bundesratsentscheidungen der hessischen Landesregierung haben soll. Ich war dagegen und hätte eine Tolerierungsvereinbarung, die uns zumuten wollte, eine Regierung zu unterstützen, auf deren Bundesratsentscheidungen wir keinen Einfluss gehabt hätten, nicht mitgetragen.

Auch die bei den Verhandlungen zur Regierungsbildung in Thüringen von uns erhobene Forderung, dass DIE LINKE dann den Regierungschef stellen muss, wenn sie in einer Koalition die stärkste Partei ist, wird im Osten und im Westen geteilt. Der Kampagnenjournalismus mit dem Tenor im Osten sitzen die „regierungswilligen Pragmatiker“ und im Westen die „regierungs-unwilligen Chaoten“ ist also eine hahnebüchene Verdrehung der Tatsachen und der Wahrheit. Das beweist auch mein wiederholtes Angebot an die SPD in der letzten Legislaturperiode, einen sozialdemokratischen Kanzler zu wählen, wenn die Bundeswehr aus Afghanistan abgezogen und der gesetzliche Mindestlohn eingeführt würde. Darüber hinaus müsse eine armutsfeste Rente beschlossen und Hartz IV generell überarbeitet werden. Das sind genau die Forderungen, die die SPD jetzt zeitverzögert mehr oder weniger erfüllen wird.

Wenn es darum geht, das baldige Auseinanderfallen der Linken an die Wand zu malen, behaupten die Medien, wir hätten kein Programm, und wenn wir einmal über ein solches diskutierten, dann sei die Spaltung unvermeidlich. Obwohl auch hier die Tatsachen dagegen sprechen, wird diese Platte immer wieder aufgelegt. Dabei haben wir neben dem Gründungsauftrag ein von allen Mitgliedern durch einen Mitgliederentscheid gebilligtes Programm, das sich leider „Programmatische Eckpunkte“ nennt. Das Wort Eckpunkte erweckt den Eindruck des Unfertigen und bietet daher Kritikern die Möglichkeit so zu tun, als sei das gar kein richtiges Programm. Es ist aber eine hervorragende Grundlage unserer politischen Arbeit und braucht den Vergleich mit ähnlichen Programmen anderer Parteien nicht zu scheuen. Richtig ist, dass wir noch kein Grundsatzprogramm verabschieden konnten, weil wir im letzten Jahr das Europawahlprogramm und das Bundestagswahlprogramm vorlegen mussten. Die Grundsatzprogrammkommission hat schon Texte erarbeitet und gute Vorarbeit geleistet, so dass der Partei bald ein Diskussionsentwurf vorgelegt werden kann.

Da sich die Grundsatzprogramme der Parteien in der Formulierung allgemeiner Ziele ähneln, kommt es für DIE LINKE darauf an, die Programmpunkte herauszuarbeiten, durch die sie sich von anderen Parteien unterscheidet. Dazu gehören nach meiner Meinung folgende Punkte:

1. Wir halten daran fest, dass eine Demokratie eine Gesellschaft ist, in der sich die Interessen der Mehrheit durchsetzen.
2. Das parlamentarische Regierungssystem muss deshalb durch Elemente direkter Demokratie ergänzt werden. Der Volksentscheid ist das geeignete Mittel.
3. Parteispenden von Unternehmen, Unternehmerverbänden, Banken und Versicherungen müssen gesetzlich verboten werden. Die Millionenspende an die FDP als Belohnung für die Mehrwertsteuerreduktion im Hotelgewerbe spricht Bände.
4. Kein Parlamentsmitglied darf während der Ausübung des Mandats auf der Lohnliste eines Unternehmens oder Wirtschaftsverbandes stehen.
5. Der politische Streik ist für DIE LINKE, wie in vielen Staaten Europas, ein Mittel um Fehlentscheidungen des Gesetzgebers wie Rente mit 67 oder Hartz IV zu korrigieren.

6. DIE LINKE nimmt keine Spenden von großen Unternehmen und Wirtschaftsverbänden und verlangt von ihren Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern während der Ausübung des Mandates nicht auf der Lohnliste von Unternehmen und Wirtschaftsverbänden zu stehen. Für wichtige politische Fragen und Richtungsentscheidungen sieht die Satzung den Mitgliederentscheid vor.

7. Krieg ist kein Mittel der Politik. Das Völkerrecht ist die Grundlage der Außenpolitik.

8. Die Eigentumsfrage ist die Grundfrage der Demokratie. Das Eigentum soll dem zugesprochen werden, der es geschaffen hat. Das Bürgerliche Gesetzbuch (BGB) legt fest: „Wer durch Bearbeitung oder Umbildung eines oder mehrerer Stoffe eine neue bewegliche Sache herstellt, erwirbt das Eigentum an der neuen Sache.“ Die Mitarbeitergesellschaft ist das Unternehmen der Zukunft.

9. Alle Bürgerinnen und Bürger sind vor dem Gesetz gleich. Der Rechtsstaat muss sozial werden. Ein Gerichtsverfahren über einen höheren Streitwert kann die Mehrheit der Bevölkerung wegen der geltenden Gebührenordnung nicht bezahlen. Heute gilt: Das unerlaubte Aufessen eines Brötchens führt zur Kündigung, die Veruntreuung von Milliarden wird mit Millionenabfindungen belohnt.

10. Die sozialen Sicherungssysteme müssen in staatlicher Regie bleiben. Die Beitragsbemessungsgrenzen sind aufzuheben. Generaldirektor und Pförtner müssen von ihrem Einkommen prozentual den gleichen Beitrag zur Sozialversicherung leisten.

11. Das Steuerrecht muss sozial werden. Beispiel: Pendlerpauschale. Wir fordern eine zu versteuernde Direktzahlung an alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, um auch die Niedrigverdiener zu unterstützen, die keine Steuern zahlen.

Im Zusammenhang mit den Personaldiskussionen der letzten Wochen wurde auch darüber philosophiert, wer von den Mitgliedern der Parteiführung „unersetzlich“ sei. Solche Debatten sind überflüssig. Auch für DIE LINKE gilt: Niemand ist unersetzlich. Unersetzlich sind nur eine Politik und eine Strategie der Linken, die von immer mehr Wählerinnen und Wählern akzeptiert werden. DIE LINKE wird ihre Stellung im Parteiensystem der Bundesrepublik festigen und weiter ausbauen, wenn sie sich klar von den Parteien, die Kriege befürworten und Hartz IV und die Agenda 2010 zu verantworten haben, unterscheidet.

Nach unseren Erfolgen im letzten Jahr müssen wir uns jetzt auf die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen konzentrieren. Im Mittelpunkt dieser Auseinandersetzung steht ein zentrales Thema unserer Bundestagswahlkampagne: Wer bezahlt die Folgen der Finanzkrise? CDU und FDP wollen die Wählerinnen und Wähler betrügen, in dem sie die sozialen Kürzungen, die sie vorbereitet haben, vor dieser entscheidenden Wahl verschweigen. Es ist unsere Aufgabe, dieses Spiel zu durchkreuzen. Der Einzug der Linken auch in den nordrhein-westfälischen Landtag würde dazu führen, dass die Lasten der Finanzkrise gerechter verteilt werden. Dafür lohnt es sich zu streiten.

Erklärung der Unterstützung

Hiermit erkläre ich als Mitglied der Partei DIE LINKE meine Unterstützung der Erklärung und Zugehörigkeit zum Zusammenschluss Sozialistische Linke gemäß der Bundessatzung der Partei DIE LINKE. Sollte ich zu irgendeinem Zeitpunkt die Partei verlassen, so werde ich die Landes- und die Bundesgremien des Zusammenschlusses Sozialistische Linke darüber umgehend in Kenntnis setzen.

Name

Vorname

Straße und Hausnummer

PLZ und Ort

____.____.____
Geburtsdatum

Mitglied der Partei DIE LINKE

Mitgliedsnummer:

Landesverband

Kreisverband

Politische Funktion(en)

Telefonnummer

E-Mail

____.____.____
Datum

Unterschrift

FRAGEN EINES LESENDEN ARBEITERS

Bertolt Brecht

Wer baute das siebentorige Theben?
In den Büchern stehen die Namen von Königen.
Haben die Könige die Felsbrocken herbeigeschleppt?
Und das mehrmals zerstörte Babylon,
Wer baute es so viele Male auf ? In welchen Häusern
Des goldstrahlenden Lima wohnten die Bauleute?
Wohin gingen an dem Abend, wo die chinesische Mauer fertig war,
Die Maurer? Das große Rom
Ist voll von Triumphbögen. Über wen
Triumphierten die Cäsaren? Hatte das vielbesungene Byzanz
Nur Paläste für seine Bewohner? Selbst in dem sagenhaften Atlantis
Brüllten doch in der Nacht, wo das Meer es verschlang,
Die Ersaufenden nach ihren Sklaven.
Der junge Alexander eroberte Indien.
Er allein?
Cäsar schlug die Gallier.
Hatte er nicht wenigstens einen Koch bei sich?
Philipp von Spanien weinte, als seine Flotte
Untergegangen war. Weinte sonst niemand?
Friedrich der Zweite siegte im Siebenjährigen Krieg. Wer
Siegte außer ihm?
Jede Seite ein Sieg.
Wer kochte den Siegesschmaus?
Alle zehn Jahre ein großer Mann.
Wer bezahlte die Spesen?
So viele Berichte,
So viele Fragen.

www.linke-programm.de